

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Redaktion:  
Erich Kippinghaus Berlin.  
Telephon: Amt Dönhofs 4190/4195



Stellen für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6  
Telephonamt Copenicus

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Abend 10 nur auf Grund besonderer Zusicherung gefällig. Abkündigung beliebig. Bei  
sonstigen Änderungen, wenn nicht anders vermerkt ist, gilt Abkündigung für beide Teile. Berlin.

Berlin, den 25. Mai 1932.

## Saalschlacht im Landtag.

Die Nazis als Provokateure. - Mehrere Schwer- und viele Leichtverletzte.

Int. Institut  
Soz. Geschichte  
Amsterdam

SPD. "Gib nur erst acht, die Bestialität  
Wird sich gleich herrlich offenbaren!"  
Faust I, Auerbachs Keller.

Die Bestialität hat sich gar herrlich offenbart. Vierundzwanzig Stunden lang hat die SA-Kolonnen des preussischen Landtags, zum Schein nationalsozialistische Landtagsfraktion genannt, so etwas wie Manieren und Disziplin geheuchelt. Bis die Präsidentenwahl vorbei war und sie - man muss es aussprechen - dank einer übergrossen Vertrauensseligkeit des Zentrums und dank der scheinrevolutionären Verrantheit der Kommunisten das Landtagspräsidium in der Tasche hatten. Dann ging der Spektakel los und er nahm Dimensionen an, die auch den ärgsten Pessimismus übertrafen.

Die zweite Sitzung des preussischen Landtags ist auseinandergefliegen mit einer Saalschlacht, bei der es drei Schwerverletzte und eine Anzahl Leichtverletzte gegeben hat, an deren Ende der Sitzungssaal des Landtags einem Trümmerfeld glich und einen Anblick bot, der wahrlich als Symbol gewertet werden darf: so sieht das aus, was der Faschismus aus den Parlamenten machen will!

Noch sind die politischen Folgen dieses vandalischen Aktes ungeklärt. Dagegen bestehen über den Hergang selbst keinerlei Zweifel. Er begann mit einer ungeheuren Provokation der Nationalsozialisten, und wenn auch das kommunistische Verhalten nicht ohne Mitschuld an der Entwicklung der Dinge gewesen ist, so zeigt doch das ganze Vorgehen der Nationalsozialisten, dass es von ihrer Seite von vornherein auf Provokation angelegt war.

Nach der Erledigung der Präsidentenwahl behandelte der Landtag die Festsetzung der Mitgliederzahl einer Anzahl von Ausschüssen und die Ueberweisung verschiedener dringlicher Anträge zur sofortigen Behandlung an diese Ausschüsse. Eine völlig harmlose Angelegenheit, über deren sachliche Erledigung umso weniger Differenzen bestanden, als sie am Vormittag im Ältestenrat zwischen allen Parteien vereinbart worden war.

Plötzlich meldete sich der nationalsozialistische Abgeordnete Roland Freisler zur Geschäftsordnung und verlangte die sofortige Konstituierung des von den Nationalsozialisten schon vor einigen Tagen beantragten Untersuchungsausschusses über die Justiz. Schon an sich war dieser Antrag ein Bruch der Vereinbarungen, da im Ältestenrat ausdrücklich ausgemacht worden war, dass alle Anträge, deren sofortige Behandlung gewünscht wurde, bis 1 Uhr eingereicht sein sollten, tatsächlich es aber schon auf 6 Uhr nachmittags ging. Mit keinem Wort hatten die Nationalsozialisten im Ältestenrat das von Freisler mit wilder Pathetik vorgetragene Verlangen erwähnt!

Noch provozierender aber war die Art, wie Freisler seinen Antrag begründete: Er habe eben ein Telegramm erhalten, dass in dem Prozess gegen die Totschläger von Hückeswagen der Staatsanwalt Zuchthausstrafen von 7 bis 9 Jahren gegen die Täter beantragt habe. Dieser Antrag des Staatsanwaltes sei so unge-

heuerlich, dass sofort dagegen das Parlament Stellung nehmen müsse. Dies trug er inmitten einer Flut von Beschimpfungen der Justiz vor.

Gegen diesen Antrag nahm der sozialdemokratische Abgeordnete Heilmann das Wort. Obwohl er mit geradezu vorbildlicher Ruhe und Sachlichkeit sprach und jede Schärfe des Ausdrucks unterliess, wurde seine Rede von den Nationalsozialisten systematisch niedergebrüllt. Nach jedem Satz musste Heilmann minutenlang pausieren. Er führte aus: Die Angeklagten, von denen Freisler redete, hätten den Tod von drei Menschen verursacht, darunter den Tod des Bruders des hier anwesenden Fraktionskollegen Fries-Köln. Schon dieser Umstand hätte Herrn Freisler zu etwas mehr Zurückhaltung veranlassen sollen. (Johlendes Gelächter der Nazis.) Ueber die Schuld der Täter würde in den nächsten Stunden das Gericht entscheiden. Was aber die Nationalsozialisten hier vom Landtag verlangten, sei ein ungeheuerlicher Eingriff in die Rechtspflege, in ein schwebendes Verfahren.

Der Nationalsozialist Kube antwortete in einer noch viel wüsteren Hetzrede als sie Freisler gehalten hatte. Um deren Geist festzustellen, genügt es, den Satz niederzuschreiben, mit dem dieser "künftige Ministerpräsident" seine Ausführungen schloss: "Neunzig Prozent aller preussischen Staatsanwälte verdienen, wegen Rechtsbeugung selber auf die Anklagebank gesetzt zu werden."

Der nächste Redner war der Kommunist Pieck. Beim zweiten oder dritten Satz seiner Rede brach der Tumult los. Pieck erklärte, dass Kommunisten viel härter bestraft würden als Nationalsozialisten. Uebrigens hätten die Nationalsozialisten selber mehrere Arbeitermörder in ihren Reihen. Hierzu riefen die Kommunisten "Femeschulz, Heines!" Darauf erhoben sich zahlreiche Nationalsozialisten und drängten gegen die Rednertribüne vor, bis unmittelbar zu Pieck hin. Die Kommunisten, die ihren Redner in dieser Situation bedroht glaubten, gingen nun gleichfalls auf die Rednertribüne und stellten sich um Pieck auf. Soweit war ihr verfahren durch die Situation gerechtfertigt. Oben gab es dann eine erregte Schimpferei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, in deren Verlauf der Kommunist Fränken-Rheydt dem Nationalsozialisten Hinkler einen Schlag versetzte.

Wären die Nationalsozialisten eine disziplinierte und parlamentarische Fraktion, so hätten sie für diesen Uebergriff ohne weiteres parlamentarische Sühne verlangen können und auch erhalten, zumal ihnen am Mittwoch das Präsidium zugefallen war. Stattdessen war für sie dieser Vorfall das Signal zur allgemeinen Schlägerei. Die gesamte nationalsozialistische Fraktion von 160 Mann; fast durchweg jüngere und - scheinbar hauptsächlich - nach körperlichen Qualitäten ausgesuchte Männer, setzte sich in Bewegung, stürmte über die Bänke der Mittelparteien hinweg auf die Kommunisten zu und schlug mit allen erreichbaren Gegenständen auf die in hoffnungsloser Minderzahl befindlichen Kommunisten ein. Dabei wurden Pultschubladen und Pultdeckel, sogar die schweren, auf der Ministerstrade stehenden Ledersessel, von denen ein halbes Dutzend nachher demoliert im Saale lag, als Waffen verwandt. Leider erhielt bei dieser Gelegenheit auch der gänzlich unbeteiligte sozialdemokratische Fraktionssekretär Jürgensen, während er sich bemühte, das Material der Fraktion in Sicherheit zu bringen, durch Wurfgeschosse ausserordentlich schwere Kopfverletzungen, die seine Ueberführung in das Krankenhaus notwendig machten. Zeitweilig hatte Jürgensen die Besinnung verloren.

Als es den Nationalsozialisten gelungen war, die Kommunisten aus dem Saal zu prügeln, sammelten sie sich und stimmten unter Führung des Abgeordneten Lohse (bekannt durch den Fall Frantzen) das Horst-Wessel-Lied an und brachen in Heilrufe aus. Die Mitglieder aller anderen Parteien hatten, von Scham und Ekel über diese schmachvollen Vorkommnisse erfüllt, nach und nach den Saal verlassen. Besonders auf das Zentrum machten die Vorgänge tiefsten Eindruck. Vielfach hörte man Zentrumsabgeordnete untereinander die Frage aufwerfen, ob denn auch nur der Gedanke oder die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens mit

dieser barbarischen Horde bestehe. Die Sozialdemokratie berief sofort eine Fraktionssitzung ein, in der die Vorgänge, wie hier dargestellt, durch völlig übereinstimmende Aussagen der Fraktionsmitglieder festgelegt wurden. Die Sitzung wurde durch eine Tagung des Ältestenrates unterbrochen.

Eins steht jedenfalls fest: Am Mittwoch hat sich der Faschismus im preussischen Landtag in seiner nackten Gestalt der Brutalität gezeigt. Das von Gregor Strasser proklamierte "Faustrecht" ist von den Nazis dazu auserkoren, das parlamentarische Recht und jede parlamentarische Gesittung zu ersetzen. Weiten Kreisen des preussischen Volkes dürften allgemach die Augen darüber aufgehen, was sie mit dieser Wahl vom 24. April angerichtet haben!

-----

SPD. Paris, 25. Mai (Eig. Drahtb.)

Der "Paris Midi" veröffentlicht am Mittwoch Erklärungen des früheren Ministerpräsidenten Chautemps über das Regierungsprogramm und die Taktik der Radikalen. Seine Auslassungen sind gewissermassen als Ergänzung der in dem gleichen Blatt veröffentlichten Erklärungen Herriots zu werten.

Chautemps erklärt: "Auf aussenpolitischem Gebiet ist das dringendste Problem die Lausanner Konferenz, verbunden mit der Frage des Moratoriums. Unser Standpunkt in dieser Frage ist bekannt. Wenn wir immer entschlossen gewesen sind, die Achtung der Verträge und die Anerkennung unserer Rechte zu erlangen; wollen wir doch die aussenpolitischen Verhandlungen in einem aufrichtigen Geiste internationaler Solidarität, in einem Geiste der Wiederannäherung und des Friedens führen. Ebenso müssen auf der Abrüstungskonferenz, die von der doppelten und edlen Sorge um die Landessicherung und den Frieden beherrscht ist, die Verhandlungen mit dem heissen Wunsch fortgesetzt werden, zu einem Ergebnis zu gelangen. Es ist sicherlich unendlich wünschenswert, die Völker, und besonders das unsrige, von der Last der übertriebenen Militärausgaben zu befreien. Aber diese Bemühungen müssen gegenseitig sein und auf solide Garantien gestützt werden. Wir wünschen sehnlich eine gegenseitige Herabsetzung der Kriegsmittel, aber wir könnten in der gegenwärtigen Zeit nur in die Herabsetzungen einwilligen, die unseren Verteidigungskräften keinen Abbruch tun würden

Inbezug auf die Regierungs- und Mehrheitsbildung führte Chautemps aus: "Ich bin davon überzeugt, dass sich um das demokratische Programm der neuen Regierung alle Republikaner scharen werden und ich glaube fest, dass das Kabinett eine breite Mehrheit finden wird, deren Achse die radikale Partei sein wird. Es wäre nicht angebracht, schon jetzt die Grenzen dieser Mehrheit festzulegen. Die grossen politischen Parteien haben das Recht, frei über die Haltung zu beraten, die sie ihren Mitgliedern empfehlen werden. Wir Radikalen haben unser Programm und unsere Taktik auf dem letzten Parteikongress bestimmt. Unsere Ideen sind also bekannt und wir können in Ruhe abwarten."

Auf die Frage des Vertreters des "Paris Midi", wie Chautemps über die sozialistischen Bedingungen denke, antwortete dieser: "Die aufrichtigen Verteidiger der republikanischen Einigkeit müssen wünschen, dass alle Fraktionen einsehen, dass gewisse Probleme, die gerechterweise in ihren zukünftigen Programmen Aufnahme finden, nicht mit den sofortigen Notwendigkeiten in Einklang zu bringen sind, denen ein Regierungsprogramm Rechnung tragen muss."

Diese Erklärung bedeutet eine Ablehnung der sozialistischen Bedingungen.

-----

SPD. Neu-Strelitz, 25. Mai (Eig. Drähtb.)

In Mecklenburg-Strelitz, das vor einigen Wochen mit der "nationalen Regierung" beglückt wurde, ist ein Erwachen des Volkes im Gange. Ganz anders jedoch, wie es sich Hitler und seine hiesigen Mannen gedacht haben. Durch die uferlosen und skrupellosen Wahlversprechungen, durch Terror und Lüge wurde hier eine "nationale" Landtagsmehrheit aus Nationalsozialisten und Deutschnationalen zusammengezaubert, die jetzt mit vollen Segeln zu regieren beginnt. Fragt aber nicht wie! Zerplatzt sind alle Seifenblasen der Wahlversprechungen und übrig geblieben ist ein Katzenjammer, der das ganze Land und seine Bevölkerung durchzieht. So weit ist es gekommen, dass das hier in Mecklenburg-Strelitz verbreitete Naziblatt nicht einmal mehr wagt, seinen Lesern die nationalsozialistischen Parlamentsanträge bekannt zu geben, geschweige, dass der "Völkische Beobachter" oder ein anderes nationalsozialistisches Organ über die Heldentaten des Dritten Reiches von Strelitz ein einziges Wort verkündet.

In der Tat! Mit diesem Naziparadies ist kein Staat zu machen. Was hier an Hunger-Etat und General-Abbau aller sozialen Verpflichtungen durch die "nationale" Mehrheit geschieht, lässt den hiesigen Wählern, Bauern, Beamten, Landarbeitern und Handwerkern die Augen aufgeben, welchem Betrug sie bei den Wahlen zum Opfer gefallen sind. Wir haben bereits über den Etat dieser Volksbeglucker unterrichtet und wir werden demnächst Gelegenheit nehmen, noch ausführlich darüber zu berichten. Nicht ein einziges Wahlversprechen ist gehalten worden, es sei denn, dass die Entlassung und beabsichtigte Pensionierung linksgerichteter Beamte und die Inthronisierung rechtsstehender Futterkrippenjäger, sowie die Installierung von nationalsozialistischen und deutschnationalen Ministern und Staatsräten die Errettung des Bauern- und Handwerkerstandes und die Vermin- derung der Arbeitslosigkeit bedeutet. Das ist aber auch alles, was sich geändert hat. Und wenn es ausserdem noch etwas neues gibt, so ist es eine Staatslotterie, die die nationale Regierung an ausländische wahrscheinlich "dem Feindbund angehörende Kapitalisten verschrieben hat. Alles andere ist Abbau, Abbau der sozialen Leistungen des Staates.

Die Empörung wächst im Lande von Tag zu Tag, und wie die nationale Regierung ihre Versprechungen gegenüber den Beamten hält, dafür haben wir nicht nur den Beweis, dass alle Notverordnungen des Reiches getreulich durchgeführt werden, sondern dass den Beamten darüber hinaus noch ein besonderes "Geschenk" der neuen Strelitzer Männer bevorsteht. Auch darüber haben wir bereits berichtet. Aber es lohnt, den Nazi-Antrag gegen die Beamten im Wortlaut wiederzugeben. Er lautet:

1. Alle Stellenzulagen für die Beamten des Staates und der Gemeinden fallen fort. 2. Alle Grundgehälter und Wohnungsgeldzuschüsse von 5000 Mark aufwärts werden um 5 bis 10 % gekürzt. Nur wer 4 und mehr minderjährige Kinder hat, ist hiervon ausgenommen. 3. Allen Beamten, Wartegeld- und Ruhegehalts empfängern werden alle Nebeneinnahmen öffentlicher und privater Natur auf ihre Dienstbezüge voll angerechnet. 4. Das Höchstgehalt darf 10 000 Mark nicht übersteigen. Der Staatsminister erhält 12 000 Mark.

Das ist das neueste Regierungskunststück der nationalen Mehrheit. Es steht in direktem Widerspruch zu dem, was die Nazis den Beamten vor der Wahl versprochen haben. Die Folge: Mecklenburg-Strelitz beginnt zu erwachen!!

SPD. Der Steuerausschuss des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit Anträgen zur Kapital- und Steuerflucht.

Auf schriftlich formulierte Anträge des Abg. Dr. Hertz (Soz) teilte Ministerialdirektor Dr. Zarden mit, dass der Steuerbehörde durch die Steueramnesti 2093 Millionen Reichsmark bisher hinterzogene Vermögenswerte angegeben worden seien. Ausserdem sind nicht unerhebliche Beträge ohne direkte Angaben deklariert worden. Von dem Betrage von 2093 Millionen entfallen 898 Millionen auf

ausländische Beteiligungen, die sich auf 873 natürliche und 614 juristische Personen verteilen. 170 Familienstiftungen haben 48 Millionen Vermögenswerte angegeben. An Einkommen sind für das Jahr 1930 132 Millionen nachträglich angemeldet worden. Die Reichsbahnanleihe, die mit einer Amnestie verbunden war, ist bis zum 23. Mai mit 248 Millionen Mark gezeichnet worden. Es lässt sich nicht genau feststellen, wieviel von diesem Betrag wegen der Vergünstigung der Steueramnestie gezeichnet worden ist. Da aber der Zeichnungsbetrag nach dem 26. Oktober 1931, dem Tage, an dem die Amnestie abgelaufen war, sehr gering ist, ist anzunehmen, dass der grösste Teil des gezeichneten Betrages unter die Amnestie fällt. Erschöpfendes Material über die Reichsfluchtsteuer liegt noch nicht vor. In Berlin sind 126 Fälle zu verzeichnen, für die die Bestimmungen der Reichsfluchtsteuer Geltung erlangt haben. In 51 Fällen ist die Reichsfluchtsteuer festgesetzt worden, in 47 Fällen sind die Kapitalflüchtlinge zurückgekehrt. Die Zahl der Kapitalsteuerflüchtlinge ist aber erheblich grösser gewesen. Im ganzen Reich sind bisher zehn Steuersteckbriefe erlassen worden. Die Kapitalflucht ist, wie Ministerialdirektor Zarden feststellt, geringer geworden, man könne annehmen, dass durch die Wirtschaftsschwierigkeiten geflüchtetes Kapital in nicht geringem Umfang inzwischen der inländischen Verwendung wieder zugeführt worden sei.

Der Ausschuss beschäftigte sich nach dem Bericht des Ministerialdirektors Zarden mit einem Antrag auf Verbot von Kopfsteuern. Abg. Dr. Hertz (Soz) erklärte, die Sozialdemokratie halte nach wie vor Kopfsteuern für unvereinbar mit einem gerechten und sozialen Steuersystem. Die Bürgersteuer habe durch die hohen Zuschläge ihren früheren Charakter verloren, ihre Erhebung belaste die Bevölkerung mit unerträglichen Härten. Eine Änderung dieses Zustandes sei unbedingt erforderlich. Unter dem Eindruck dieser Kritik wurde vom Ausschuss der Wunsch geäussert, die Debatte in Anwesenheit des Reichsfinanzministers Die rich fortzusetzen. Auch die Abgg. Dr. Hergt (Dnat), Keinath (D.Vp.), Dr. Fische (Staatsp.) und Rupp (Natsoz) erklärten, dass sie sich mit der Bürgersteuer in ihrer gegenwärtigen Wirkung in keiner Weise befreundet könnten. Die bisherigen Anhänger der Bürgersteuer seien ihre Gegner geworden, weil die Regierung den Charakter der Bürgersteuer durch Staffelung und Erhöhungen grundlegend verändert habe.

Die weitere Debatte über die Kopfsteuern soll am Dienstag in Anwesenheit des Reichsfinanzministers Dietrich fortgeführt werden, der dem Ausschuss mitteilen liess, dass bis dahin das Kabinett entscheidende Beschlüsse über die Weitererhebung der Bürgersteuer nicht fassen werde.

-----  
SPD. München, 25. Mai (Eig. Drahtb.)

In dem Strafprozess gegen die Leiter der Bayerischen Eisenbahnerbank holt am Mittwoch der schwerbelastete zweite Direktor Felkner bei einem Verhör zu einer schweren Anklagerede gegen den ersten Vorsitzenden des Christlichen bayerischen Eisenbahnerverbandes aus, gegen den Reichstagsabgeordneten der Bayerischen Volkspartei Dauch, der später als Zeuge vernommen wird. Felkner behauptete, dass der Konkurs überhaupt hätte vermieden werden können und eine Sanierung möglich gewesen wäre, wenn Dauch es nicht verhindert hätte. Dauch habe aus rein persönlichen Gründen gehandelt, mit der Deutschen Bank Fühlung genommen und sie in den kritischen Tagen zur Beitreibung einer 50 000 Mark-Forderung an die Eisenbahnerbank veranlasst. Dadurch habe die Deutsche Bank gewusst, was mit der hilfeschuchenden Arbeitnehmerbank los gewesen war. Die Folge sei gewesen, dass die Deutsche Bank die Eisenbahnerbank dahin gebracht habe, wohin man sie längst hätte haben wollen, an den Abgrund.

Felkner behauptete ferner, dass es durchaus möglich gewesen wäre, die Gläubiger der Eisenbahnerbank nahezu völlig zu befriedigen, aber Dauch habe wiederholt geäussert, dass es ihm gleichgültig sei, was aus den Konten der Sparer werde. Für ihn sei die Hauptsache die Rettung seiner Pensionskasse gewesen.

SPD. Schade, dass es keine Möglichkeit gibt, allen deutschen Wählern ein Stenogramm aus den Verhandlungen des Landtages zu Mecklenburg-Strelitz in die Hand zu drücken. Das Dritte Reich wäre zu Ende, noch ehe es begonnen. Kein Sterbenswort in der sonst so redelustigen Nazipresse über die Nazi Herrschaft, über den Etat und über die Reden der "nationalen Regierung" von Strelitz. Wir wissen warum, denn den Jüngern des Herrn Hitler würden die Augen aufgehen und überlaufen. Was sich da an Postenjägerei, an Verschleuderung von Staatsvermögen, an sozialer Reaktion und Erdrosselung der Gemeinden, an Gehaltskürzung für die Beamten und neuen Steuern abspielt, das ist so ungeheuerlich, dass es kaum zu glauben wäre, hätten wir es nicht schwarz auf weiss. Das Schlimmste jedoch ist der Zynismus, mit dem diese Taten von den Nazis verteidigt werden. Es genügt, wenn wir aus der im Strelitzer Landtag gehaltenen Etatsrede des Nationalsozialisten und Staatsrates v. Lingelsheim folgende Sätze zitieren:

"Die Beihilfen an die römisch-katholischen Pfarrgemeinden sind zu streichen. Wer uns bekämpft soll dafür auch die Kosten aufbringen... Man hat unsere Landwirtschaftsanträge kritisiert und gesagt, wir hätten im Lande vor den Wahlen etwas anderes versprochen. Man muss aber in der Entwicklung einer politischen Bewegung zweierlei unterscheiden: Erstens, die Vorbereitung der Volkspsyche und zweitens, die Anpassung an die realen Möglichkeiten..."

Zynischer und offener hat noch keiner von den Volksbetrügnern sein schmutziges Handwerk so offen dargelegt, wie dieser Naziminister und seine Helfer von Strelitz. Deutschland erwache!

-----

SPD. Mannheim, 25. Mai (Eig. Drahtb.)

Als Berufungsinstanz verurteilte die Strafkammer des Landgerichts Frankenthal die Kommunisten Erich Steffen-Berlin, Karl Dienstbach-Höchst und Heinrich Schmied wegen Werkspionage zu je 2 Jahren Gefängnis. In der ersten Instanz waren die Angeklagten zu je 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der vierte Angeklagte Oehlenschläger erhielt 5 Monate Gefängnis; er wurde in der ersten Instanz freigesprochen. Den Angeklagten Steffen und Dienstbach werden je 3 Monate, dem Angeklagten Schmied 6 Monate der Untersuchungshaft angerechnet. Die gegen Oehlenschläger verhängte Strafe gilt durch die Untersuchungshaft als verbüsst. Die Kosten des Verfahrens fallen den Angeklagten zur Last. Gegen die drei zu der Berufungsverhandlung nicht erschienenen Angeklagten Steffen, Dienstbach und Schmied wurde Haftbefehl erlassen.

Der Staatsanwalt betonte in seinem Plädoyer, dass das Bild über die Verfehlungen der Angeklagten, die insbesondere gegen die IG Farben-Industrie Spionage zugunsten Risslands getrieben haben, durch die Berufungsverhandlung noch deutlicher gezeichnet worden sei. Die Angeklagten wären durch verschiedene Kassiber auf das schwerste belastet. In den Kassibern hätten die Angeklagten in keiner Weise ihre Tat abzuleugnen versucht. Weitere Beweise seien die verschiedenen mit "Erich" unterschriebenen Briefe, die man bei dem Angeklagten Steffen gefunden habe. Diese Briefe enthielten genaue Anweisungen über die Objekte der Spionage. Der Staatsanwalt hob schliesslich die wirtschaftliche Schädigung der deutschen Industrie und der deutschen Arbeiterschaft durch die Verfehlungen der Angeklagten hervor.

-----

SPD. London, 25. Mai (Eig. Drahtb.)

Die amerikanische und englische Regierung werden in den nächsten Tagen eine Vereinbarung zur Regelung der Nachzahlungen der während des Hoover-Moratoriums aufgelaufenen Annuitäten der englischen Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten unterzeichnen. Die Regelung erfolgt auf der Basis eines vierpro-

zentigen Zinssatzes. Die Nachzahlungen sollen sich über die nächsten 10 Jahre erstrecken, in denen infolgedessen ausser den bereits feststehenden Summen jeweils drei Millionen Pfund von England zu zahlen wären.

Diese Vereinbarung ist eine reine Formsache. In ähnlicher Weise wurden im letzten Sommer zwischen der deutschen Regierung und den Reparationsgläubigern komplizierte Abmachungen getroffen, wie die während des Feierjahres suspendierten Reparationszahlungen erledigt werden sollen. Damals wusste man bereits, dass es zu diesen Nachzahlungen nicht kommen würde. Ebenso handelt es sich bei der amerikanisch-englischen Vereinbarung um einen rein formalen Vorgang, um eine bürokratische Ausarbeitung von Einzelheiten, die niemals praktische Bedeutung erlangen wird. Der Vorgang hätte sich vielleicht unbemerkt zwischen den Ämtern abgespielt, wenn nicht die "Times" am Dienstag in einem Leitartikel von Vorbereitungen gesprochen hätte, die die englische Regierung zur Rückzahlung der während des Feierjahres gestundeten Beträge und damit zur Wiederaufnahme der englischen Kriegsschuldenzahlungen treffe. Die rein technische Ergänzung des Hoover-Moratoriums durch die Berechnung der Rückzahlungen der suspendierten Summen darf aber nicht so ausgelegt werden, als ob die englische Regierung bereits mit der Fortführung der Schuldenzahlungen an die Vereinigten Staaten in der bisherigen Weise rechnet. Das Aufsehen, das die irreführende Ausdrucksweise der "Times" hervorgerufen hat, lässt erkennen, dass in dem ohnehin vor neuen Budgetopfern stehenden Lande keine Neigung zur Zurückzahlung der Kriegsschulden an Amerika aus der eigenen Tasche besteht.

-----

SPD. Wieder einmal ist in der Rechtspresse seit Tagen ein ungeheures Kesseltreiben gegen den Reichskanzler im Gange. Das Ziel ist durch Einwirkungen auf Hindenburg, die Regierung Brüning zu stürzen.

Der Spuk begann mit der Ankündigung, dass Groener von seinem Amt als Reichswehrminister zurücktreten werde. Sofort witterte man Morgenluft, und sei dem vergeht kaum ein Tag, an dem Nazis und Deutschnationale den Reichspräsidenten, der gegen sie und trotz ihrer üblen Wahlagitation am 10. April wieder gewählt wurde, nicht um die Entlassung der Regierung Brüning anflehen. Täglich gehen dem Reichspräsidenten ganze Zeitungsbindel mit gehässigen Angriffen gegen die Regierung Brüning zu, und zugleich spielt fortgesetzt der Draht nach Neudeck in der Absicht, das Vertrauen des Reichspräsidenten zu dem Reichskanzler systematisch zu untergraben. Diesem Spiel hat sich neuerdings die deutschnationale Reichstagsfraktion in einem offiziellen Telegramm an den Reichspräsidenten angeschlossen. Sie beschwört Hindenburg, den Ratschlägen seiner Regierung nicht länger zu folgen und die in Aussicht genommenen Notmassnahmen des Reichskabinetts nicht zu billigen. Wie Deutschland und seinem Volke schliesslich zu helfen ist, macht den Herrschaften keinen Kummer. Wie immer so negieren sie auch jetzt alles ohne den geringsten Ratschlag oder Vorschlag, wie es besser gemacht werden könnte.

Die Auswirkung dieser systematischen Hetze ist im Augenblick noch nicht zu übersehen. Noch können wir uns nicht vorstellen, dass der Reichspräsident ihr auch nur irgendwie nachgeben wird. Aber darüber muss aus innen- und aussen politischen Gründen schnellstens die notwendige Klarheit geschaffen werden. Aus diesem Grunde dürfte der Reichskanzler dem Reichspräsidenten am Sonntag sofort nach seiner Rückkehr aus Neudeck über die gegenwärtige politische Lage und seine Pläne ausführlich Bericht erstatten und damit zugleich die Vertrauensfrage verknüpfen. Die schwerwiegende Entscheidung über das weitere Schicksal Deutschlands wird damit zugleich in die Hände des Reichspräsidenten gelegt

-----

SPD. Paris, 25. Mai (Eig. Drahtb.)

Herriot hat am Mittwoch-Vormittag eine Reihe von Parlamentariern, darunter die Sozialisten Renaudel und Frossard und die Radikalen Bonnet und Dalimier, empfangen und sich mit ihnen privatim über die politische Lage unterhalten.

-----

SPD. Der Reichsrat stimmte am Mittwoch dem kürzlich vom Reichstag angenommenen Gesetz über die Rechtstellung der weiblichen Beamten zu.

Das Gesetz gibt im Falle der Verheiratung jedem weiblichen Beamten, aber auch der Dienstbehörde das Recht zu unbefristeter Kündigung des Dienstverhältnisses. Für die Behörde ist das Kündigungsrecht an die Voraussetzung geknüpft, dass die Versorgung der ausscheidenden weiblichen Beamtin gesichert ist. Die Ausscheidenden erhalten eine Abfindung, deren Höhe sich nach der Dienstzeit richtet.

In den Reichsratsausschüssen waren von verschiedenen Seiten schwere Bedenken gegen einzelne Vorschriften, insbesondere gegen die Höhe der Abfindungssummen und dagegen erhoben worden, dass auch bei freiwilligem Ausscheiden an unkündbar angestellte Beamtinnen Abfindungen gewährt werden sollen. Es wurde betont, dass die beträchtlichen Aufwendungen, die das Gesetz dem Reich verursache, bei der gegenwärtigen Notlage des Reichs besonders drückend empfunden werden müssten. Trotzdem wurde Einspruch nicht erhoben.

-----

SPD. London, 25. Mai (Eig. Drahtb.)

Man erwartet, dass die Zöllkommission in nächster Zeit auch das Roheisen einem Einfuhrzoll unterworfen wird. Eisen- und Stahl-Halbzeuge unterliegen bereits einem Zoll von  $33 \frac{1}{3}$  Prozent.

-----

SPD. Im Anschluss an die Saalschlacht im Preussischen Landtag trat sofort der Ältestenrat des Preussenparlaments zusammen. Die Sitzung wurde von dem Nazi-Präsidenten Kerrl mit folgender Bemerkung eröffnet: "Wie mir mitgeteilt worden ist, ist es im Sitzungssaal zu einer Schlägerei gekommen. Wer wünscht dazu das Wort?" Darauf wurde von kommunistischer Seite erklärt, was sie über den Zusammenstoss zu sagen hätten, würden sie in der Öffentlichkeit sagen. Ihnen sei der Ueberfall der Nationalsozialisten keineswegs überraschend gekommen. Die Nationalsozialisten erklärten, sie seien nicht gewillt, ein Mitglied ihrer Reichsparteileitung Fememörder schimpfen zu lassen. Sie hätten nicht die Absicht, Polizei in den Landtag zu rufen, sondern müssten es den Kommunisten überlassen, dahingehende Wünsche zu äussern.

Vizepräsident Baumhoff, der während des Zusammenstosses amtierte, erklärte, dass während der Rede Pieck's eine grosse Anzahl Nationalsozialisten sich von rechts her auf die Treppe zur Rednertribüne gedrängt hätte. Darauf seien Kommunisten ihrem anscheinend bedrohten Redner zu Hilfe geeilt. Er habe dann nur noch gesehen, wie ein Kommunist, den er von hinten nicht persönlich erkennen konnte, dem Abgeordneten Hinkler auf den Mund geschlagen hätte. Da bei der grossen Zahl der am Zusammenstoss beteiligten Abgeordneten jeder Versuch seines Eingreifens aussichtslos gewesen wäre, habe er nur die Sitzung aufheben können.

Abg. Heilmann (Soz) erklärte, dass mit der augenscheinlichen Zufriedenheit der beteiligten Nationalsozialisten und Kommunisten für die Sozialdemokratische Fraktion die Angelegenheit nicht erledigt sei. Die Nationalsozialisten hätten durch den vorher im Ältestenrat nicht angekündigten Antrag Freisler und dessen Rede planmässig und absichtlich provoziert. Als er gegen die Beratung



des Antrages protestiert hätte, habe er bereits das Gefühl gehabt, dass Zusammenstöße unmittelbar bevorstünden. Während der Rede des Abgeordneten Pieck seien die Nationalsozialisten in drohender Haltung und mit den entsprechenden Zurufen auf den Redner losgestürzt. Es sei begreiflich, dass die Kommunisten ihren Redner hätten schützen wollen. Auf der anderen Seite hätte ein Kommunist den ersten Schlag geführt, auf den hin die Nationalsozialisten mit aller Macht über die ganze kommunistische Fraktion hergefallen seien. Dabei sei auch der sozialdemokratische Fraktionssekretär Jürgensen schwer verletzt worden, der völlig unbeteiligt und ruhig auf seinem Platz in der ersten Reihe sass. Die Sozialdemokratische Fraktion verlange, dass das Präsidium des Hauses unbedingt Sicherheit gegen die Wiederkehr derartiger Gewalttätigkeiten schaffe. Dieser Erklärung schloss sich der Abgeordnete Steger (Ztr) vollinhaltlich an. Der Roheitsexzess im Plenum könne unmöglich ohne schwerwiegende Konsequenzen für die Politik des preussischen Zentrums bleiben.

Abg. Kube erwiderte, die Nationalsozialisten verbäten sich jede Schulmeisterei. Sie seien bereit, nötigenfalls den Landtag aufzulösen und neu zu wählen. Die Verletzung des Abgeordneten Jürgensen bedauerten sie; aber die Sozialdemokraten hätten schon geraume Zeit vor dem Zusammenstoss ihr besonders hochgeschätztes Mitglied Oberleutnant Schulz durch den Zuruf "Fememörder" beleidigt.

An die Ausführungen Kubes schlossen sich dann noch längere Auseinandersetzungen über Zusammenstöße und angebliche Zusammenstöße in früheren Landtagen. Zum Schluss erklärte Abg. Kube, dass seine Partei durchaus keine Gewalttätigkeiten wünsche und dass er strengste Fraktionsdisziplin durchzuführen bereit wäre.

Zu einer Beschlussfassung kam es nicht. Nur der Antrag der Kommunisten, weiter zu tagen oder am Freitag wieder zusammenzutreten, wurde abgelehnt. Am Tage der nächsten Landtagssitzung, am 1. Juni, soll um 11 Uhr der Ältestenrat nochmals zusammentreten. Die Vollsitzung soll erst um 2 Uhr beginnen, damit die Fraktionen Gelegenheit haben, zu dem Ergebnis der Ältestenratssitzung Stellung zu nehmen.

-----

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags beschloss zu der Saalschlacht im Landtag folgende Erklärung zu veröffentlichen:

"Die sozialdemokratische Landtagsfraktion verurteilt aufs schärfste die brutalen Roheitsexzesse, deren Schauplatz am Mittwoch der Preussische Landtag gewesen ist und deren Opfer auch ihr völlig unbeteiligter Fraktionssekretär Jürgensen geworden ist. Die Schuld an den blutigen Zusammenstößen tragen in gleichem Masse die Nationalsozialisten wie die Kommunisten. Die Nationalsozialisten durch planmässige Provokationen und Bedrohung des kommunistischen Redner die Kommunisten durch Führung des ersten Schlages. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion protestiert aufs schärfste gegen die Raufboldmanieren der extremer Parteien und fordert unbedingte Sicherstellung der Freiheit und Gewaltlosigkeit der Verhandlungen der Volksvertretung."

-----

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit einer Anzahl kommunistischer Anträge, die grosszügig alles Elend in Deutschland durch einige Reichstagsbeschlüsse "beseitigen" wollen. Die Abstimmungen über jene Anträge beleuchteten ihren Wert. Für die kommunistischen Rezepte stimmten ausser den Antragstellern noch die Nationalsozialisten.

-----

# „Aus aller Welt“

Die gestörte Himmelfahrtsorgie.

Die Mysterien der Innozenten-Sekte in Bessarabien.

SPD. Bukarest, 23. Mai (Eig. Ber.)

Bei einer nächtlichen Streife entdeckten Gendarmen im bessarabischen Dorfe Petrunja einen unterirdischen Tempel der verbotenen Innozentisten-Sekte. Die Sektierer feierten gerade, ein bisschen nachträglich, unter wilden Orgien die Himmelfahrt Christi. Sie griffen die Gendarmen, die zu ihrer Verhaftung schreiten wollten, wütend an. Es kam zu einem erbitterten Ringen. Zwei Innozentisten wurden getötet, vier schwer verletzt.

## „Sendboten der Hölle“.

Noch aus der russischen Zeit her treibt das Sektiererwesen in Bessarabien die üppigsten Blüten. Selbst in den kleinsten Dörfern findet man Anhänger der verschiedensten Sekten und fanatische Verfechter der tollsten und seltsamsten Glaubenslehren. Trotzdem die rumänischen Behörden auf Betreiben der orthodox-prawoslawen (allein rechtgläubigen) Kirche gegen diese „Ketzer“ und „Sendboten der Hölle“ mit aller Schärfe vorgehen und ihre Zusammenkünfte zu verhindern suchen, ist die Anhängerschaft der Sekten im ständigen Wachsen begriffen. Bisweilen sympathisieren ganze Dörfer mit den verfolgten Bruderschaften und verbergen ihre Wanderprediger vor den Häschern. Allgemein ist der auf niedriger Kulturstufe stehende und des Lesens und Schreibens meist unkundige bessarabische Bauer, der seit Jahrhunderten unter schwerster politischer, wirtschaftlicher und sozialer Unterdrückung dahinvegetiert, ein empfänglicher Nährboden für die Lehren neuer Heilsverkünder.

## Wege zum Innenleben.....

Unter allen Sektierern werden die Innozentisten am meisten und unbarmherzigsten verfolgt, da ihre Lehre auch gegen die Strafgesetze verstösst. Ihr Glauben und ihr Kult erinnert in vieler Hinsicht an die russischen Chlysti, gleich denen sie sich auch als „Gottesleute“ bezeichnen. Die wichtigste Glaubensvorschrift der Innozentisten ist das grosse Mysterium der „wunderbaren Umwandlung“ des „Gottesbruders“ und der „Gottesschwester“. Und diese wunderbare Umwandlung des fleischlichen und sündigen Menschen in den geistigen und Gott wohlgefälligen Menschen erfolgt in einer langen Serie wüstester und ausschweifendster Orgien, die die Innozentisten als göttliche Handlungen ansehen. „Ernie- drige und beschmutze dich in sündiger Fleischeslust, ersticke die Sünde mit der Sünde, nur so wirst du dich zur heiligen Leidenschaftslosigkeit und zum wahren inneren Leben durchringen können“, - lautet der oberste Glaubenssatz des Innozentisten-Katechismus'. Die von den Popen, den „Vertretern des Antichristen“ eingeseignete Ehe wird als schlimmste Sünde wider den Heiligen Geist bezeichnet. Jeder Innozentist ist verpflichtet, die eheliche Gemeinschaft mit der eigenen Frau zu meiden, und berechtigt, zur Verwirklichung des grossen Mysteriums der wunderbaren geistigen Umwandlung sich mit anderen Frauen zu verbinden.....

## Das Kreuz vor dem Mund.

Das Dorf Petrunja, in dem jetzt einer der grössten Tempel der bessarabischen Innozentisten entdeckt wurde, liegt in der Provinz Soroca, unweit des Dnjestrflusses und der russischen Grenze, also in einem Gebiete, wo infolge der zahllosen Grenzzwischenfälle seit Jahren Belagerungszustand herrscht. Wie es daher den Sektierern, die aus weitem Umkreise kamen, bisher gelungen ist, sich unbemerkt in ihre Katakombe zu schleichen, ist den Behörden ein grosses

Rätsel. Unbegreiflich ist auch, wie die zehn Meter unter dem Boden liegende, kreuzförmige Grotte, die gegen 150 Personen bequem Raum bietet, unbemerkt angelegt werden konnte. Oder stammt sie noch aus der russischen Zeit? Die Untersuchung hat dies bisher nicht ermitteln können, da die in der Grotte verhafteten Innozentisten beharrlich schweigen und auf keine Frage Antwort geben. 78 Frauen und Mädchen und 34 Männer stehen vor dem Richter. Alle tragen ein grosses hölzernes Kreuz vor der Brust, das sie, sobald der Richter eine Frage stellt, schweigend vor den Mund pressen.

Wenn der "Gesalbte" spricht

Der einzige unter den Verhafteten, der aussagt, ist Väterchen Joan, der "Gesalbte des Herrn". Er trägt im Gegensatz zu den anderen ein riesiges silbernes Kreuz, ist der oberste Hirt der Sekte und gilt allen seinen Anhängern als gottbegnadetes und wundertätiges Wesen. Spricht er, so lauschen alle Verhafteten verzückt zu. Dabei hat dieser Mann nichts Priesterhaftes an sich. Die Stimme ist hart und stockend; das Aeussere, vor allem der lange, schwarze Bart, erinnert an einen makedonischen Komitadschi. In den Augen liegt etwas Stumpfes, Tierisches. So ähnlich darf man sich wohl den grossen Scharlatan und Wüstling Rasputin vorstellen.....

Vor dem Kerker -

"Väterchen" Joan gibt zu Protokoll: Wir Brüder und Schwestern Gottes erkennen keinen irdischen Richter an. Handlanger der Popen versuchten unser heiligstes Mysterium zu zerreißen und haben unseren Gottesdienst gestört. Zwei unserer Brüder habt ihr getötet, dafür wird euch der Fluch Gottes treffen. Kerkert uns ein, doch hundert, nein tausend neue Gottestreiter werden an unsere Stelle treten.... - Barsch unterbricht der Richter den Wuterguss des krebsroten Väterchens. "Und wie war es mit eurer Himmelfahrtsorgie, deren Zeremonienmeister du warst? Rast wie die Derwische im wildesten Taumel, singt, tanzt, schreit, weint - meinetwegen. Doch welches göttliche und menschliche Recht erlaubt euch diese wüsten Ausschweifungen und schmutzigen Orgien? 78 nackte Frauen und 34 nackte Männer wälzten sich in wilden Zuckungen auf dem Boden, und das nennt ihr Himmelfahrtsfeier, Gottesdienst und geistige Umwandlung? Wie willst du die Attacke auf die eindringenden Gendarme rechtfertigen? War es nicht eure furchtbare Wut über die gestörte Orgie?"

Der "Gesalbte des Herrn" und seine Schar schweigen, fanatisch, aber nicht verlegen. Nach einigen Wochen werden sie sich vor dem Strafgericht zu verantworten haben. Mehrjährige Kerkerstrafen sind ihnen sicher.

+ + +

200 000 Mark unterschlagen. Der bei der Spar- und Darlehnskasse Gross-Reken (Kreis Coesfeldt, Westfalen) beschäftigte Rendant Stienen hat 200 000 Mark unterschlagen und das Bankinstitut durch leichtsinnige Kreditgewährungen sowie durch zweifelhafte Geschäfte um etwa weitere 200 000 Mark geschädigt. Stienen und zwei Mitschuldige wurden verhaftet.

+ + +

Japanischer Kleinkrieg. Vom Schnellschöffengericht Berlin-Mitte wurde am Mittwoch der 34jährige Motorschlosser Paul Hintze wegen Landfriedensbruchs zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Hintze hat an den kommunistischen Ausschreitungen vor der japanischen Botschaft am 21. Mai in Berlin teilgenommen. Im Verlauf dieser Aktion wurden durch Steinwürfe zwei Fensterscheiben des Botschaftsgebäudes zertrümmert. Inzwischen hat die Vertretung Japans in Berlin verstärkten Polizeischutz erhalten.

+ + +

"Do X"-Pläne. Das Riesenflugzeug "Do.X" wird voraussichtlich etwa zwei Wochen auf dem im Osten Berlins gelegenen Müggelsee verankert bleiben. Der Bevölkerung soll nach Reinigung und Ueberholung des Flugschiffes Gelegenheit zur Besichtigung gegeben werden. Der Weiterflug wird wahrscheinlich nicht nach dem Bodensee, sondern nach dem Lübeckér Wasserflughafen Travemünde erfolgen, der

neuen Heimat des "Do.X". Das Reichsverkehrsministerium hat als Besitzerin des Flugbootes das alleinige Verfügungsrecht über die Maschine.

+ + +  
Gift in Guben? Der Gubener Mordprozess gegen die Lehrersfrau Ziehm und ihre Mutter, Frau Ladewig, die angeklagt sind, den Schüler Hans Georg Ziehm - vermutlich mit chlorsaurem Kali - vergiftet zu haben, wird immer spannender. Nachdem die Angeklagten auch bei einem Lokaltermin in Fürstenberg (Oder) trotz wiederholter Vorhalte kein Geständnis abgelegt haben, wurden sie zu einer ausführlichen Schilderung der letzten Stunden vor dem Tode des achtjährigen Kindes veranlasst. Frau Ziehm erklärte, dass sie in der Todesnacht "Hänschen" habe schreien hören; - dann, als sie ins Schlafzimmer gegangen sei, habe sie das Kind vergiftet vorgefunden: "Hänschen lag quer über dem Bett, bäumte sich auf und stöhnte. Seine Augen waren schon gebrochen. Als der Arzt eintrat, war das Kind nicht mehr zu retten".

Verschiedene Widersprüche zu Aussagen in der Voruntersuchung sind für die Angeklagten schwer belastend. Ausserdem ist auffallend, dass Frau Ziehm einen Hausbewohner bat, das eiserne Becken der Wasserspülung in Ordnung zu bringen. Man nimmt an, dass die Angeklagte das übriggebliebene chlorsaure Kali in die Wasserspülung geschüttet hat. Merkwürdig ist auch, dass Frau Ziehm eine Hausbewohnerin mit der Besorgung des ärztlichen Totenscheins beauftragt und sie ferner bemüht war, die Leiche in verdächtig schneller Weise einäschern zu lassen. Das Einäscherungsamt hat aber die Einäscherung verweigert und von sich aus die Polizei benachrichtigt.

+ + +  
Verhafteter Bankier. Gegen den Berliner Bankier Heinz Borchardt, Mitinhaber des Bankhauses "Hansmann und von Zimmermann", wurde Haftbefehl erlassen. Borchardt wird der Depotunterschlagung beschuldigt.

+ + +  
Ein Friedhofsprozess. Vom Grossen Schöffengericht Berlin-Mitte wurde der Stadtjugendpfleger Max Blum "wegen Beschimpfung der christlichen Kirche und ihrer Einrichtungen" zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte wurde als Vorsitzender der freireligiösen Gemeinde für zwei auf dem Kirchhof dieser Gemeinde angebrachte Plakate verantwortlich gemacht. Die Plakate hatten folgenden Wortlaut: "Kreuze und andere Abzeichen des religiösen Aberglaubens dürfen auf diesem Friedhof nicht niedergelegt werden". Blum verteidigte sich damit, dass sich die Plakate in der Hauptsache gegen einzelne Sekten gerichtet hätten, die die Symbole ihres Aberglaubens oftmals auf dem Friedhof niedergelegt hätten.

+ + +  
Verkehrskatastrophe. In Treptow bei Berlin fuhr eine mit fünf Personen besetzte Kraftdroschke in voller Geschwindigkeit in einen Arbeitswagen der Strassenbahn. Das Auto überschlug sich, prallte gegen einen Baum und zertrümmerte. Die Insassen des Wagens erlitten schwere Verletzungen.

+ + +  
Raubmord. In Breslau wurde die sechzigjährige Ehefrau eines Postbeamten Schubert in ihrer Wohnung überfallen und ermordet. Dem Täter fielen 400 Mark, Uhren und Schmucksachen in die Hände. Auf seine Ergreifung sind 1000 Mark Belohnung ausgesetzt.

+ + +  
Geheimrat Dr. C. Benda. Fünfundsechzigjährig verstarb in Turin der bekannte Berliner geheime Sanitätsrat Dr. Carl Benda, ein auf dem Gebiet der pathologischen Anatomie allgemein anerkannter Forscher.

+ + +  
George Grosz in USA. Der Zeichner und Maler George Grosz wurde für längere Zeit an die Art Student League berufen.



## Hitlers Notverordnung.

---

SPD. Kurz vor dem ersten Wahlgang im Kampf um den Posten des Reichspräsidenten erklärte Adolf Hitler zur Beruhigung des Auslandes, auch er werde, wenn er an die Macht komme, keineswegs nun gleich alle Notverordnungen zerreißen. Auch er werde, zunächst wenigstens, mit Notverordnungen regieren. Er ist noch nicht an der Macht, aber er beglückt uns doch bereits mit Notverordnungen. Die neueste Notverordnung, die in den nächsten Tagen verabschiedet werden soll, ist seine Notverordnung, wenn sie auch die Unterschrift der Brüning-Regierung tragen mag.

Warum Hitlers Notverordnung? Weil sie nichts anderes ist als die Quit-  
tung für die politischen Wahlen dieses Frühjahrs. Die Auswirkungen des Nazi-  
Erfolgs bei diesen Wahlen treten jetzt in den neuen Arbeitslosenziffern völlig  
klar zutage. Der neue Arbeitsmarktbericht der Reichsanstalt ist ein Alarmbe-  
richt. Die jüngste Frühjahrsentlastung ist erschreckend gering. Sie beträgt  
in der ersten Maihälfte nur 64 000 gegenüber einem Rückgang von 150 000 im  
Vorjahr, das doch wahrhaftig auch schon ein recht schlechtes Jahr gewesen ist.  
Auf dem Arbeitsmarkt herrscht Stagnation, weil weder im Inland noch im Aus-  
land Vertrauen sich regt. Ohne Vertrauen ist aber eine wirtschaftliche Wie-  
derbelebung nicht möglich. Weil kein Vertrauen da ist, wird auch Lausanne  
höchstwahrscheinlich nur eine neue Enttäuschung bringen, und diese Enttäu-  
schung dürfte eine neue Erschütterung des Arbeitsmarktes bringen.

Kein Wunder also, wenn die Regierung die Entwicklung der Arbeitslosigkeit  
sehr pessimistisch betrachtet, wenn sie sich von ihrer Arbeitsbeschaffung nur  
wenig Entlastung des Arbeitsmarktes erhofft, wenn sie infolgedessen schon  
jetzt, weil sie nun gar mit einer Durchschnittsarbeitslosenziffer von 5,9 Mil-  
lionen rechnen muss, vorsorglich neue schwere Opfer zur Finanzierung des Ar-  
beitslosenschutzes vom Volk fordert. Wäre irgendwo am Horizont des Arbeits-  
marktes durch Wiederkehr des Vertrauens in die Wirtschaft ein Silberstreifen  
sichtbar, dann wären die von der Regierung geforderten Opfer jedenfalls nicht  
in der jetzt sichtbar werdenden Schwere und Schärfe notwendig. Man käme mit  
weniger Opfern aus. So aber müssen wieder Hunderte von Millionen flott gemacht  
werden, rechtzeitig gesichert werden, damit nicht eines Tages die Arbeitslosen  
völlig vor dem Nichts stehen.

Was fordert die Regierung? Sie hat noch keine endgültigen Beschlüsse über  
die Gestaltung der Neufinanzierung des Arbeitslosenschutzes getroffen. Die  
Linie ihrer Beschlüsse ist jedoch klar erkennbar; sie ist in der Presse auch  
bereits skizziert worden. Hart ist an den neuen Opfern die finanzielle Bela-  
stung der noch in Arbeit stehenden Menschen, weil sie alles andere als eine  
gerechte Belastung ist. So wird an dem "Beschäftigtensteuer"-Plan von den Ar-  
beitnehmern scharf kritisiert, dass nicht alle Einkommen erfasst werden und  
anscheinend wieder einmal die Besitzenden frei ausgehen sollen. Vor allem in  
der Beamtenschaft wird demgegenüber schärfster Protest erhoben. Aber auch die  
schon bestehende Krisensteuer ist ungerecht und deshalb wird ihr Umbau durch  
Heranziehung aller Einkommensbezieher und durch Ausgleich des Steuertarifs  
gefordert. Noch schlimmer aber als diese Ungerechtigkeiten ist die Belastung  
der Arbeitslosen zur Finanzierung des Arbeitslosenschutzes. Die Arbeitslosen-  
versicherung soll bluten. Man will bei ihr etwa 400 Millionen durch Leistungs-  
abstriche einsparen und zu diesem Zweck vor allem die Dauer der Unterstützung

von 20 auf 13 Wochen kürzen, womit man dann also glücklich bei der Hälfte der Unterstützungsdauer gegenüber früher 26 Wochen angekommen wäre. Ebenso will man die Unterstützungssätze, wenn auch verbunden mit allerlei kleinen Härtemilderungen, vor allem durch Beseitigung der Lohnklassen von 8 bis 11 auf die Höhe der Krisenfürsorge herabdrücken. Der Durchschnittsunterstützungssatz pro Kopf und pro Monat in der Versicherung, der zur Zeit netto 49 bis 48 Mark beträgt, würde dann auf 38 bis 36 Mark, das wären also rund 9 Mark pro Woche, herabsinken. 9 Mark Unterstützung pro Woche - wie soll davon ein Hauptunterstützungsempfänger existieren. In der Krisenfürsorge will man anstelle des Begriffs der Bedürftigkeit den der Hilfsbedürftigkeit im Sinne der kommunalen Fürsorge einführen. Das würde eine Verschärfung der Bedürftigkeitsprüfung und eine Anpassung der Krisenunterstützung an die Sätze der Wohlfahrt herbeiführen. An der Wohlfahrtsunterstützung selbst soll, wie verlautet, keine Änderung vorgenommen werden.

Das ist eine ungerechte Lastenverteilung. Gegen diese Ungerechtigkeit muss schon jetzt Protest erhoben werden. Ob aber die Regierung diesen Protest berücksichtigt? Nicht nur die neue Last, sondern auch die ungerechte Lastenverteilung ist nur die Quittung Hitlers für die politischen Wahlen. Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber. Diesen Metzgern genügt das noch nicht einmal, was die Notverordnung an Belastungen und vor allem an ungerichten Belastungen für die Massen bringt. Sogar die "Kölnische Zeitung" - also noch nicht einmal ein Blatt der Scharfmacher - beschwert sich, dass der Sozialabbau in der neuen Notverordnung nicht weit genug gehe. Nicht die Allgemeinheit, sondern die ausgeplünderten Arbeiter und die Aermsten der Armen, die Arbeitslosen, sollen noch mehr bluten. Der bisherige Notverordnungsabbau im Lohn, in der Krankenversicherung, in der Unfallversicherung, in der Arbeitslosenversicherung - alles das genügt den Herrschaften, die die Regierung Brüning stürzen wollen, noch lange nicht. Die Herrschaften, die eine schärfere Notverordnung fordern, das sind dieselben Herrschaften, die Tag für Tag Brüning auffordern, abzutreten und die Macht an Hitler auszuliefern!

Kann es da gegenüber unserer Behauptung noch einen Zweifel geben, dass die neue Notverordnung nichts anderes ist als die Quittung für die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die bei den Wahlen auf die Hitlerphrasen hereingefallen sind? Hitler - niemand anderes ist der wirkliche Verantwortliche für die neue Notverordnung.

SPD. Die neuen Schlichtungsverhandlungen für die württembergische Textilindustrie, die am Mittwoch in Karlsruhe stattfanden, sind von den Unternehmern genau so wie die vorausgegangenen Verhandlungen gesprengt worden. Die Unternehmerbeisitzer haben die Schlichterkammer im Laufe der Verhandlungen plötzlich verlassen. =

Eine schlimmere Brüskierung der Staatsautorität, als sie sich die württembergischen Textilindustriellen nun bereits zum zweiten Mal geleistet haben, kann man sich nicht gut vorstellen. Der Schlichter war infolge der ersten Verhandlungssprengung gezwungen, die Beisitzer für die Schlichterkammer unter Androhung von Strafe in Höhe von 500 Mark für den Fall des Nichterscheinens nach Karlsruhe zu laden. Nun haben die Unternehmervertreter zum zweitenmal den Schlichter auf den Sand gesetzt, Ihr Vorgehen - bei den Textilindustriellen des Münsterlandes hat es bereits Nachahmung gefunden - bedeutet nichts anderes als eine fröche Herausforderung des Reichsarbeitsministeriums. Wir sind nun wirklich darauf gespannt, ob der Reichsarbeitsminister Stegerwald, der gegenüber den Arbeitern im Lohnabbau sehr oft eine sehr starke Hand gezeigt hat, nun auch den Mut hat, den Unternehmern, die ihn und das Schlichtungswesen förmlich verhöhnen, die Zähne zu zeigen.

SPD. In der Textilindustrie München-Gladbach-Rheydt und in den nieder-rheinischen Seidenwebereien haben die Unternehmer den Manteltarifvertrag zum 30. und den Lohnarif zum 4. Juni gekündigt. Zweck der Kündigung ist, Lohnsenkung und Verschlechterung der Manteltarifbestimmungen. Ueber die gekündigten Verträge finden zwischen den Parteien am 27. Mai Verhandlungen in München-Gladbach statt. Den Verhandlungen geht eine Konferenz der an den Tarifverträgen beteiligten Arbeitnehmerverbände voraus.

SPD. Die im Afa-Bund vereinigten Behördenangestellten-Verbände - Butab, Zentralverband der Angestellten, Deutscher Werkmeister-Verband, Allgemeiner Verband der Deutschen Bankangestellten und Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs - haben angesichts der schon durch die Notverordnungen eingetretenen übermäßigen Minderung der Einkommen der Behördenangestellten in Reich, Ländern und Gemeinden gegen eine weitere Belastung in dringenden Eingaben an den Reichskanzler und Reichsfinanzminister Protest erhoben. Für die Masse der Behördenangestellten ist die wirtschaftliche Lage heute schon eine solche, dass sie eine weitere Belastung nicht mehr erträgt. Die Aufbürdung neuer irgendwie gearteter Steuern würden sie als umso ungerechter empfinden, als zum gleichen Zeitpunkt eine steuerliche Entlastung für Besitz und Vermögen eingetreten ist.

SPD. Die badischen Textilunternehmer haben die Verbindlichkeit des vom Schlichter gefällten Lohnabbauabschieds beim Reichsarbeitsministerium beantragt. Ueber die Verbindlichkeit kann in diesem Falle nur das Reichsarbeitsministerium entscheiden. Es ist nicht anzunehmen, dass das Reichsarbeitsministerium einem weiteren Abbau dieser an und für sich so niedrigen Löhne zustimmen wird. Es hiesse ja die Textilarbeiterschaft zur Verzweiflung treiben, wollte das Reichsarbeitsministerium den Wünschen der Unternehmer nach weiterem Lohnabbau in der Textilindustrie Rechnung tragen.

Die Sinnlosigkeit der Unternehmerforderung tritt bei den Verhandlungen in den Begründungen, die von ihnen gegeben werden, krass zu Tage. So sagten die badischen Unternehmer, dass sie die höchsten Frachtkosten von ganz Deutschland hätten und demzufolge einen Ausgleich bei dem Lohn haben müssten. Einige Tage später machten die Unternehmer von Württemberg darauf aufmerksam, dass sie die höchsten Frachtkosten von Deutschland zu tragen hätten. Der Vertreter eines in Schlesien gelegenen Bezirkes behauptete, er habe die höchsten Frachtkosten. Ja er behauptete sogar, dass die Schmutzkonzurrenz für ihn in Baden und Württemberg liege. So wird ein Bezirk gegen den anderen ausgespielt mit dem Ziel, den deutschen Textilarbeiter zum Paria der deutschen Arbeiterschaft herabzuwürdigen.

Alle diese Behauptungen der Unternehmer, soweit sie sich auf ungleiche Löhne oder dadurch hervorgerufene Schmutzkonzurrenz zu stützen versuchen, werden am besten durch das vom Deutschen Textilarbeiterverband herausgegebene Buch über die Tariflohnentwicklung in der deutschen Textilindustrie widerlegt.

SPD. Der Schiedsspruch für das sächsische Baugewerbe, der von den Arbeiterorganisationen einmütig abgelehnt wurde, ist von den Unternehmern angenommen worden. Sie wollen Verbindlichkeitserklärung beantragen.

## Siedlung und Arbeit.

Von Dr. Fritz Baade, M.d.R.

Der sozialdemokratische Agrartheoretiker Fritz Baade beschäftigt sich im kommenden Heft der "Gesellschaft" mit dem Siedlungsproblem. Wir geben aus der Arbeit Baades folgenden Auszug wieder:

SPD. Bei allen Massnahmen auf dem Gebiet der Siedlung wird man nicht nur an die gegenwärtige Krise, sondern auch an die grossen Entwicklungslinien der Wirtschaft und an den Zustand denken müssen, der sich nach Ueberwindung der Krise wieder herausstellen muss. Man hat also im Rahmen der Siedlungsprojekte vor allem an das künftige Schicksal der Menschen zu denken, die man jetzt aus einer augenblicklichen Notlage heraus, nur um ihnen überhaupt Beschäftigung und eine gewisse Krisenfestigkeit zu geben, ansiedelt; man muss mit der Investition umfangreicher und später nicht wieder liquidierbarer Mittel in der Siedlung äusserst vorsichtig verfahren. So lassen sich für die praktische Handhabung der Siedlung u.a. folgende Thesen aufstellen:

1.) Eine Rückverpflanzung beschäftigungsloser Industriearbeiter in die landwirtschaftliche Produktion kann, von Einzelfällen abgesehen, überhaupt nicht in Betracht kommen. Soweit städtische Arbeitslose angesiedelt werden, muss der Gesichtspunkt einer späteren Rückwanderung in die industrielle Beschäftigung im Vordergrund stehen. Aus dieser Erkenntnis heraus hat die Sozialdemokratie und haben die Gewerkschaften alle überspannten Vorstellungen abgelehnt, die von wohlwollenden demokratischen Kreisen mit dem grossen Plan der Arbeitslosensiedlung verbunden worden waren. Arbeitslose in grossem Umfang als Erwerbsgärtner in der Umgebung der Städte anzusiedeln, würde die Errichtung von Produktionsstädten bedeuten, für deren Erzeugung auf lange Sicht kein Absatz, insbesondere kein Absatz zu irgendwie erträglichen Preisen vorhanden ist. Durch eine derartige Erwerblosensiedlung würden nur ökonomische und politische Krankheitsherde geschaffen werden. Es war daher richtig, diese Pläne der Erwerblosensiedlung in dem Sinne umzubiegen, dass die Siedler grundsätzlich Industriearbeiter bzw. Unterstützungsempfänger mit der Aussicht auf die spätere Rückführung in die Industrie bleiben. Bei der Anlage von städtischen Randsiedlungen muss in aller erster Linie auf die Verkehrslage d.h. auf die Erreichbarkeit späterer industrieller Arbeitsstätten Rücksicht genommen werden.

2.) Sehr populär ist die Forderung, durch Siedlung im deutschen Osten der Bevölkerungsüberschuss der bäuerlichen Gebiete im übrigen Deutschland aufzufangen. So bestechend dieser Gedanke ist, so gross sind die Gefahren, die sich dabei ergeben, da es auf die Dauer gänzlich indiskutabel ist, grundsätzlich den Bevölkerungsüberschuss der deutschen Landbevölkerung als zusätzliche Produzenten in der agrarischen Produktion unterzubringen. Wenn sich bei diesen Massnahmen bisher erhebliche Unzuträglichkeiten nicht ergeben haben, so liegt das in erster Linie daran, dass die Beschränkung der finanziellen Mittel alle diese Experimente im bescheidenerem Rahmen gehalten hat. Was die zweiten Bauernsöhne betrifft, die bei einer günstigen industriellen Konjunktur schon längst in



städtische Berufe abgewandert wären, wird es höchstwahrscheinlich das kleinere Uebel sein, sie zunächst in ihren Heimatsdörfern zu belassen. Von hier aus können sie nach Ueberwindung der Krise mit geringeren Erschütterungen in die industrielle Produktionsphäre abströmen.

3.) In den Vordergrund der Siedlungsprobleme rücken immer mehr diejenigen Landarbeiter, die im deutschen Osten durch die notwendige Entlastung des Lohnkontos der Grossbetriebe freigesetzt werden. Bei normaler Konjunktur würde es völlig unbedenklich sein, die so freigesetzten Landarbeiter auf den städtischen Arbeitsmarkt abrücken zu lassen. Bei der heutigen Lage des Arbeitsmarktes muss das vermieden werden. Es handelt sich hier viel weniger um produktionspolitische, als um sozialpolitische Massnahmen. Unterstützt müssen diese freigesetzten Arbeitskräfte auf Kosten der allgemeinen Finanzkraft doch werden und man kann sie natürlich viel billiger und unter günstigeren seelischen Bedingungen während der Krise über Wasser halten, wenn sie in den Agrargebieten und in einer gewissen Berührung mit der landwirtschaftlichen Produktion bleiben, als wenn sie schon jetzt in die Städte abwandern. Aber bei dieser Ansiedlung von Landarbeitern soll man sich darüber klar sein, dass es sich höchst wahrscheinlich weniger um eine Dauer-, sondern um eine Notstandsmassnahme handelt und dass die ganze Durchführung auf eine möglichst reibungslose spätere Liquidierung zugeschnitten sein muss. Bei der Siedlung selbst muss überhaupt alles darauf Bedacht nehmen, den Siedler nicht zu knapp, sondern eher etwas reichlich mit Land auszustatten. Je knapper die Landausstattung ist, desto weniger wird sich die Siedlung nach Ueberwindung der Wirtschaftskrise behaupten können. Andererseits muss mit äusserstem Nachdruck gegen alle Kapitalverschwendung Front gemacht werden.

4.) Bei der Durchführung der Siedlung ist darauf zu achten, dass die vorhandenen Betriebseinrichtungen des Grossbetriebes möglichst erhalten bleiben. Die vom preussischen Landwirtschaftsministerium und von anderen Behörden herausgebildete Methoden der Primitivsiedlung haben auf diesem Gebiet in jüngster Zeit erfreuliche Leistungen aufzuweisen, insbesondere in der Richtung dass die vorhandenen Gebäude der Grossbetriebe zunächst einmal bis zum äussersten für die Unterbringung und Gebäudeausstattung der Siedler herangezogen wurden. Darüber hinaus muss man bemüht sein, vorhandene Produktionsanlagen (Dreschplätze, Motorpflüge usw.) des Grossbetriebes auf dem Wege der genossenschaftlichen Nutzung auch für die Siedler zu erhalten. Grundsätzlich muss überhaupt gesagt werden, dass die Siedlung um so unbedenklicher ist, je weniger an der Arbeit sparenden Betriebsorganisation des Grossbetriebes geändert wird.

5.) Dieser letzte Gesichtspunkt führt schliesslich dazu, neue Formen einer gewissermassen kollektiven Siedlung zu versuchen. Der Idealfall wäre dabei gegeben, wenn es gelingen könnte, die Vorteile des Grossbetriebes: Arbeitsteilung, einheitliche Arbeitsorganisation, grosse Flächen, Maschinenverwendung, mit den Vorteilen des Kleinbetriebes: Eigeninteresse und Krisenfestigkeit zu verbinden. Experimente mit Produkti genossenschaften sind in der Landwirtschaft bekanntlich seit Jahrzehnten immer wieder unternommen worden, haben allerdings selten zu befriedigenden Ergebnissen geführt. Trotzdem ist das Problem ernst und interessant genug, um immer wieder aufs neue lebensfähige Zwischenformen zwischen Individual- und Kollektivbetrieb aufzusuchen. Eine dieser Zwischenformen besteht beispielsweise darin, dass die "Ackerbauabteilung" in Grossbetriebsform erhalten bleibt, während die Viehhaltung in der Form der Individualwirtschaft von den Siedlern durchgeführt wird. Selbst wo so weitgehende genossenschaftliche Formen aus Gründen der Arbeitsdisziplin nicht durchführbar erscheinen, muss jedenfalls mit allen Kräften darauf hingewiesen werden, dass die Siedler sich der Vorteile der Genossenschaft in allen Formen bedienen, wo dies irgend angängig ist, insbesondere auf dem Gebiet der Verwertung ihrer Produkte.

SPD. Auf dem Gebiet der Petroleumwirtschaft, die ihrer Natur nach äußerst spekulativ geartet ist und die immer noch zu bösen Überraschungen geführt hat, hört man wiederum von einer Neugründung und zwar ist es der Wintershallkonzern, der sich entschlossen hat, eine neue Firma, die Mineralöl-Produkten-Handels A.G., mit einem Kapital von 50 000 Mark ins Leben zu rufen. Vorstand und Aufsichtsrat der neuen Gesellschaft sind im wesentlichen aus Wintershallern gebildet.

Gründe und Gründer geben zu einigen Bemerkungen Veranlassung, nicht zuletzt im Zusammenhang mit Gerüchten, die in den letzten Tagen über den Wintershallkonzern aufgetaucht sind: Wahrscheinlich durch den Glücksfall im Burbachkonzern, der auf dem Kalischacht in Volkenroda auf Öl gestossen ist, angeregt, hat der Generaldirektor von Wintershall, August Rosterg, Verbindung mit verschiedenen Petroleumgesellschaften aufgenommen, insbesondere mit der Petroleumgesellschaft Elwerath. Elwerath hat mit seinen Bohrungen vor etlichen Jahren in Hannover Glück gehabt. Aber in letzter Zeit hat man kaum etwas davon gehört, dass die Bohrtätigkeit Elweraths irgendwie begünstigt worden ist. Elwerath scheint nun durch Rosterg für seine besonderen Pläne angespannt zu werden. Von unterrichteter Seite wird dabei auf den Kostenpunkt verwiesen. Man schätzt, dass der Elwerathkomplex dem Wintershallkonzern allein im Jahre 1931 eine Schuldenlast von nicht weniger als 30 bis 40 Millionen Mark gebracht habe. Berücksichtigt man weiter, dass der Wintershallkonzern für sich und seine Konzernwerke stark mit Anleiheschulden belastet ist - man nennt hier die Gesamtsumme von 175 Millionen Mark -, und zieht man ferner in Betracht, dass in der letzten Bilanz bereits kurzfristige Schulden von über 42 Millionen Mark ausgewiesen wurden, so muss der Expansionsdrang bei Wintershall ziemlich ungehemmt erscheinen. Nach der Affäre bei Burbach wäre eine Gewitterentladung bei Wintershall doppelt peinlich.

Vorerst scheint man bei Wintershall noch über genügend Geld zu verfügen. So besteht bei der Wintershall A.G. ein Dispositionsfond von jährlich 2 Millionen Mark, über den Generaldirektor Rosterg und der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende von Wintershall, Rechtsanwalt Schmidt I in Hannover, verfügen, ohne dem Aufsichtsrat der Gesellschaft Rechnung legen zu müssen.

Rosterg hat niemals Hehl daraus gemacht, dass er den Nationalsozialisten sehr nahe steht. Dieser Generaldirektor gehört zu denjenigen schwerreichen Schwereindustriellen, die mit Hitler der Meinung sind, Sozialismus wäre für das deutsche Volk so notwendig wie der Mond. Dieser "Mond=Sozialismus", der natürlich auf eine Knebelung der Arbeiterschaft, auf Lohnabbau und Vernichtung der Sozialfürsorge ausläuft, lässt sich - und daher vielleicht der Dispositionsfond - Rosterg etwas kosten.

---

SPD. In der dritten Maiwoche hat sich, wie aus dem Reichsbankausweis für die Woche zum 23. Mai hervorgeht, die Währungsreserve weiter erhöht und zwar um 200 600 Mark auf 990,9 Millionen Mark. Bei den Goldbeständen ist eine Steigerung von 4,8 Millionen auf 856,3 Millionen Mark eingetreten, während die Devisenbestände um 4,6 Millionen Mark auf 134,6 Millionen Mark abnahmen.

Der von der Reichsbank gewährte Kredit hat sich stark, um rund 223,4 Millionen Mark, auf 3 255,6 Millionen Mark verringert. Vor Monatsfrist, in der dritten Aprilwoche, machte die Kreditgewährung 3 341,2 Millionen Mark aus. Der Wechselkredit ging um 211,5 Millionen Mark auf 2 797,3 Millionen Mark zurück. (Vormonat 2 889,2 Mill. Mark). Die Deckung verbesserte sich von 25,3 Prozent in der zweiten Maiwoche auf 26,5 Prozent.

---

SPD. Der preussische Justizminister hat eine Anordnung für die Durchführung der Gemeinnützigkeitsverordnung erlassen. Danach können Wohnungsunternehmen, deren Antrag auf Anerkennung der Gemeinnützigkeit schwebt, die einstweilige Stundung der Gerichtsgebühren in Erwartung der Anerkennung bei der zuständigen Gerichtskasse beantragen. Dabei ist folgendes zu beachten:

Die Anerkennung kann frühestens mit dem Tage wirksam werden, an dem der Antrag auf Anerkennung bei der Anerkennungsbehörde eingegangen ist. Soweit Wohnungsunternehmen, die bisher nicht im Besitz der Gebühren- und Stempel-freiheit waren, ihre Anerkennung als gemeinnützig erst nach dem 2.1.1931 - dem Inkrafttreten der Gemeinnützigkeitsverordnung - beantragt haben, werden nach obiger Vorschrift die Gebühren, die vor dem Tage des Eingangs ihres Antrages bei der Anerkennungsbehörde fällig geworden sind, von der demnächstigen Anerkennung nicht betroffen. Solche Gebühren zu stunden, besteht deshalb kein Anlass. Die Bewilligung einer Stundung kommt nicht in Frage für Wohnungsunternehmen, bei denen der Antrag auf Anerkennung von vornherein aussichtslos erscheint. Zur Vereinfachung des Geschäftsganges ersucht der Minister, darauf zu halten, dass die Stundungsanträge der Gerichtsbehörde durch Vermittlung der Anerkennungsbehörde vorgelegt werden. Die Anerkennungsbehörde hat das Vorliegen des Anerkennungsantrages auf dem Stundungsgesuch zu bestätigen, den Tag des Eingangs des Anerkennungsantrages darauf zu vermerken und den Stundungsantrag, sofern nicht mit einer Ablehnung der Anerkennung zu rechnen ist, mit ihrer Stellungnahme an die Gerichtsbehörde weiterzusenden.

Im übrigen hat der Justizminister die Registergerichte darauf hingewiesen, dass nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1.12.30 die Firma eines Wohnungsunternehmens, das nicht als gemeinnützig anerkannt oder dem die Anerkennung entzogen worden ist, nicht die Bezeichnung "gemeinnützig" enthalten darf.

-----

SPD. Die der AEG nahestehende Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft, das Holdingunternehmen für eine Reihe wichtiger Unternehmungen im Inland und im Auslande, gibt in seinem Geschäftsbericht für das Jahr 1931 den Stromabsatz mit 364 Millionen Kilowattstunden an gegenüber 391 Millionen Kilowattstunden im Jahre vorher. Die Einnahmen verringerten sich von 8,1 Millionen auf 7,3 Millionen, die Rohgewinne von 4,12 auf 2,79 Millionen. Handelsunkosten gingen von 1,15 auf 0,67 Millionen zurück; dagegen stiegen die Steuern von 1,1 Millionen auf 1,7 Millionen an. Der Reingewinn stellt sich auf 2,15 Millionen Mark. (Im Jahre vorher auf 4,3 Millionen). Aus dem Reingewinn wird eine Dividende von 5 Prozent (im Vorjahre 10 Prozent) gezahlt.

Das Unternehmen hat die Abschreibungen stark gesteigert. Allein auf Effekten und ausländische Geschäfte wird eine Sonderabschreibung von 1,4 Millionen Mark vorgenommen. Zur Begründung führt der Geschäftsbericht an, dass der Niedergang der Weltwirtschaft auch auf die Suslandsunternehmungen des Konzerns nicht ohne Einfluss bleiben könnte und dass die Buchprüfung Steuernachforderungen für die zurückliegenden Jahre ergeben habe.

-----

SPD. Die Nationalsozialisten haben im Reichstag einen Antrag zur Hebung des Spargelabsatzes eingebracht. Das ist wieder mal ein echt nationalsozialistischer Antrag! Dass die Spargelproduzenten gegenwärtig ungenügende Preise für ihre Ware bekommen, darüber braucht kein Wort gesagt zu werden. Fragt sich nur, wie man den Absatz heben und die Preise bessern kann.

Die Nationalsozialisten schlagen vor, dass die Behörden den Militär=, Polizei= und Volksküchen ans Herz legen sollen, mehr Spargel zu verbrauchen. Weiter wird in dem erwähnten nationalsozialistischen Antrag dem Reich anheimgestellt, die Umsatzsteuer für Spargel ganz zu erlassen bzw. die Umsatzsteuer auf 8,5 % pro 1 000 zu senken.

Die Senkung der Umsatzsteuer auf den von den Nationalsozialisten verlangten Satz von 8,5 pro 1000 ist nach § 13 Absatz 2 des Umsatzsteuergesetzes möglich und es ist unserer Auffassung nach selbstverständlich, dass das Reichsfinanzministerium von dieser Möglichkeit Gebrauch macht. Aber, so geben wir zu überlegen, wird dieses Mittel nutzen, um die Misere auf dem Spargelmarkt auch nur einigermaßen einzudämmen? Eine Verminderung der Umsatzsteuer, wie sie die Nationalsozialisten fordern, würde den Erzeugerpreis um Bruchteile von Pfennigen steigern. Eine Erleichterung würde nicht eintreten. Selbst wenn man die Reichswehr und die Polizei nur mit Spargel ernähren wollte, würde man die traurigen Verhältnisse auf dem Spargelmarkt nicht ändern können. In ihrer Endwirkung verfehlen die nationalsozialistischen Anträge das Ziel.

Wie die Nazis es vorschlagen, kann man natürlich den Spargelproduzenten nicht helfen. Der Spargelmarkt leidet wie im vorigen Jahr unter einem starken Ueberangebot. Dazu kommt die Verarmung weiter städtischer Kreise, der Lohnabbau bei Arbeitern und Beamten, die Arbeitslosigkeit unter der Industriearbeiterschaft und den Angestellten. Wenn man auch den Spargelpreis durch Veränderung der Umsatzsteuer um eine Kleinigkeit verbilligen würde, wären diese Schichten infolge ihres zusammengeschmolzenen Einkommens, das eben noch für das Notwendigste reicht, nicht in der Lage, Spargel zu kaufen.

Im übrigen befürchten wir, dass die Umsatzsteuererminderung nicht den Spargelproduzenten zugute kommen würde. Sie wird, wenn sich das Reich dazu entschliessen sollte, wahrscheinlich im Zwischenhandel hängen bleiben. Man betrachte nur die Spargelpreise, die der Produzent erhält, und vergleiche damit die Spargelpreise, die in den Städten gezahlt werden müssen. Der Aufschlag ist ganz enorm und verteuert den Spargel ganz gewaltig. Wenn man schon von Besserung des Spargelabsatzes sprechen will, dann muss man das Kapitel der Spargelpreisvertéuerung durch den Zwischenhandel erwähnen. Davon schweigen aber die Nationalsozialisten in ihrem Antrag. Sie wissen wohl am besten, weshalb. Man kann nicht gut den Spargelbauern einen richtigen Preis verschaffen und auf der anderen Seite enorme Zwischengewinne nicht antasten wollen. Die Nationalsozialisten aber wollen beides. Das geht natürlich nicht.

Die Lage auf dem Spargelmarkt wird sich, eine vernünftige Einstellung der Produktion vorausgesetzt, erst bessern können, wenn der Industriearbeiter wieder gut verdient. Dann kann er auch Spargel kaufen. Dass die Arbeiterschaft aber heute mit Hungerlöhnen, die den Kauf von Spargel nicht mehr erlauben, nach Hause gehen müssen, ist Schuld der Nazis. Unter Druck der Nationalsozialisten ist ja erst der Lohn- und Gehaltsabbau in den beiden letzten Jahren zustande gekommen. Zu den Anhängern der Nazis gehören ja auch jene Schwerindustriellen, die aufs Neue einen Lohn- und Gehaltsabbau propagieren.

## Scharfe Rückgänge.

(Berliner Getreidebörse vom 25.Mai.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse machte am Mittwoch die schwache Tendenz weitere Fortschritte. Das starke Angebot in inländischem Weizen und Roggen hielt unvermindert an, ohne auf entsprechende Kauflust zu stossen. Die Mühlen hielten sich sehr zurück. Weizen und Roggen erlitten in prompter Ware scharfe Preisrückgänge von je 4 Mark. Am Markte der Zeitgeschäfte ergaben sich ebenfalls Preiseinbussen, die jedoch geringer waren, und zwar für Weizen etwa 2, für Roggen 1 bis 1½ Mark. Das Mehlgeschäft stagnierte vollkommen. Namentlich fand Weizenmehl keine Käufer trotz billiger Forderungen der Mühlen. Auch für Hafer war die Stimmung ruhig. Bei schleppendem Geschäft gingen die Notierungen um eine Mark zurück.

	24.5.	25.5.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	268 - 270	264 - 266
Roggen	199 - 201	195 - 197
Braugerste	186 - 193	186 - 193
Futter- und Industriergerste	178 - 185	178 - 185
Hafer	162 - 166	160 - 163
Weizenmehl	32,25 - 35,75	32,00 - 35,50
Roggenmehl	25,75 - 27,70	25,75 - 27,70
Weizenkleie	11,25 - 11,75	-
Roggenkleie	9,50 - 10,00	-

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 275½-275-275½ (Vortag 278½) Juli 267½-269 (270), September 223½ - 224 (224½), Roggen Juli 185 plus Geld (186½), September 179-179½ (180¼), Hafer Mai 174 (173¼), Juli 176 plus Brief (176½), September 151 (152¼).

## Gemüsemarkt.

SPD. Berliner Grosshandelspreise für Gemüse. (Amtliche Preise in den Berliner Markthallen einschliesslich Fracht, Spesen und Provision). Zufuhr: reichlich. Geschäft: ruhig. Preise: wenig verändert. Kohlrabi Freiland Schock 2 bis 4, Radieschen Schockhd. 0,80 - 1, Meerrettich 50 kg 40 - 50, Sellerie gewaschen Schock 22 - 30, Porree je nach Grösse 1,5 - 4, Petersilie grün je nach Grösse 100 Bd. 3 - 5, do. m. Wurzel 50 kg 6 - 10, Salat Freiland 100 Kopf 3 - 7, do. Dresdener Schock 7 - 10, Spinat 50 kg 3,5 - 6, Gurken Freiland 100 Stück 15 - 35, Spargel I gebündelt 50 kg 27 - 33, do. lose 25 - 30, do. unsortiert 14 - 20, Spargel II gebündelt 15 - 22, do. lose 12-18, Spargel III gebündelt 8 - 12, do. lose 5 - 8, Edel-Champignons Treibhaus 50 bis 130, Rhabarber Freiland 2 - 3.

## Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise, amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten, vom 25.Mai: I. Qualität 109, II. Qualität 102 und abfallende Ware 92 RM. Tendenz: ruhig.

# Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S + P + D

Berlin, den 25. Mai 1932.

Kariben.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Der lehmbraune "Silber"-Strom, der Rio de la Plata, riesiger Mündungstrichter des Rio Parana und des Rio Uruguay, bespült, von 40 bis zu 300 Kilometern in die Breite anwachsend, auf fast 50 geographische Meilen hin die Küsten Argentiniens und Uruguays nebst ihren Haupt- und Hafenstädten Buenos Aires und Montevideo. Zahllose Badeorte und Badestellen reihen sich an seinen Ufern.

Ein warmer Spätsommertag im März hatte Hunderte von Erholungsuchenden an den Strand von Punta Tschika, eine halbe Stunde Bahnfahrt oberhalb von Buenos Aires, gelockt. Im und am Wasser herrschte lebhaftes Treiben. Plötzlich stieß einer der Badenden einen lauten Schreckensschrei aus, griff mit beiden Armen unter Wasser, kämpfte verzweifelt mit einem unsichtbaren Feinde und strebte in aller Eile ans Ufer. Die bestürzten Zuschauer glaubten, er sei in eine Scherbe oder in einen der stachelbesetzten Drähte getreten, die überall in Argentinien den Weidekampsäumen. Sie erschrakten, als der Gefährte den Strand erreichte und am linken Oberschenkel eine lange, heftig blutende Wunde aufwies. Noch bemüht, sich den Vorfall zu erklären, wurden sie durch neue Aufschreie anderer Schwimmer aufgestört. Das gleiche Geschehen wiederholte sich. Nun hasteten alle aus dem Wasser. Zahlreiche Badende hatten ähnliche Wunden an Brust, Armen, Zehen. In aller Eile begaben sich die Verletzten in das nahe Krankenhaus von San Fernando und liessen die bis zu zwei Zentimeter tiefen Wunden, aus denen stellenweise Fleisch herausgerissen war, nähen und verbinden. Alle berichteten mehr oder weniger dasselbe. Sie hätten gefühlt, wie etwas Glattes, Weiches an ihnen vorüberglitt, und alsbald einen furchtbaren Schmerz empfunden. Als sie zugriffen, hätten sie einen Fisch gepackt, der ihren Händen sofort wieder entglitten sei. Die Krankenhausverwaltung setzte sich mit der Hafenpräfektur in Verbindung; Warnungen ergingen an alle Badeplätze am Rio; bald lagen sie öde und verlassen da.

Am nächsten Morgen gelang es, ein Exemplar des gefrässigen Fisches zu fangen. Es war ein hübsches, goldbraunes Tier von kaum dreissig Zentimetern Länge, mit grünen, metallisch glänzenden Flecken, auf der Unterseite des Bauches und vorn an der Rückenflosse mit Stacheln besetzt, und mit einem sägeförmigen furchtbaren Gebiss. Im Naturkundlichen Museum von Buenos Aires wurde festgestellt, dass es sich um einen Raubfisch handle, der bei den Eingeborenen im Norden Argentiniens wegen seines Blutdurstes gefürchtet ist und von ihnen Palometa Brava genannt wird. Tier oder Mensch, die von einem Schwarm Palometas angefallen werden, müssen sich eiligst aus dem Wasser entfernen, wenn sie nicht zerfleischt werden wollen. Misslingt die unverzügliche Rettung, so ist von dem Opfer nach kurzer Zeit nichts mehr übrig als das nackte Gerippe. Ein Rätsel ist es bis jetzt geblieben, wie und warum diese Fische, die bisher noch nie am Unterlauf des Parana beobachtet worden waren, aus dem tropischen Innern des Landes bis nahe an die Küste des Atlantischen Ozeans gekommensind.

Ein ähnlich gefährlicher kleiner Fisch ist der in den Gewässern des nördlichen Südamerika beheimatete Karibe (oder die Piraya), ein Tier mit rötlicher Unterseite und bleigrauen Rückenschuppen, der Palometa nahe verwandt. Ein Tropfen Blut, der ins Wasser gelangt, zieht diese karpfenähnlichen Tiere in Schwärmen herbei. Es ist schwierig, sich gegen sie zur Wehr zu setzen; so rasch und dicht überfallen sie ihr Opfer. Ueber ihr Erscheinen berichtet z. B. J. E. Rivera, der berühmte Schilderer des südamerikanischen Urwaldlebens. Der

Held seines Buches "Der Strudel" (1929) gerät am Ufer eines Flusses mit seinen Feinde in einen Kampf auf Leben und Tod. Es gelingt ihm, seinen Gegner ins Wasser zu stossen. "Da sah ich" - so fährt die Schilderung fort -, "während ich keuchend und erschöpft am Ufer lag, das furchtbarste Geschehen. Flossenzittern, Aufblitzen von Fischleibern: tausende von Kariben stürzten sich auf den Verwundeten. Wiewohl er um sich schlug und sich wehrte, zerfleischten sie ihn im Augenblick. Wie eine Schar hungriger Küken, die Körner aus einem Maiskolben pickt, rissen sie bei jedem Biss ein Stück Fleisch heraus. Trüb und blutfarben wogte das Wasser. Dann hob sich an seine Oberfläche, wie auf der Röntgenplatte das Knochengerüst des durchleuchteten Körpers erscheint, das sauberweisse Skelett des Mannes und trieb ans Uferschilf."

G.H.Neuendorff.

-----  
Der Zuiderzee-Deich.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Der 25. Mai 1932 wird für Niederland ein historisches Datum bedeuten, denn an diesem Tage ist die letzte Lücke eines Riesendeiches geschlossen, der sich in einer Länge von 40 Kilometern von der Küste der Provinz Nordholland bis zur Küste von Holländisch-Friesland erstreckt. Davon entfallen 11 Kilometer auf die Strecke vom Festlande bis zum östlichsten Punkte der ehemaligen Insel Wieringen und 29 Kilometer auf offenes Seegelände.

Selbst wer die stärksten Deiche der deutschen Nordseeküste kennt, kann sich von diesem gewaltigen Schutzwall gegen die Nordsee nur eine unvollkommene Vorstellung machen. Es ist eins der grössten Werke nicht nur unsrer Zeit, sondern der Menschheitsgeschichte überhaupt, das hier in einer kampferfüllten, schicksalsschwangeren Zeit mit echt holländischer Zähigkeit zustandegebracht wurde. Seit Jahrtausenden brachen die gefrässigen Wogen der Nordsee hier zwischen Nordholland und Friesland durch; in dem schon halb sagenhaft gewordenen Schreckensjahre 1287 gestaltete ihre Vernichtungssucht die Zuiderzee. Im Jahre 1928 war wohl schon das 2200 Meter lange Probestück zwischen dem nordholländischen Dörfchen Ewijcksluis und dem Westpunkte der Insel Wieringen fertig, aber die eigentliche gewaltige Offensive gegen den Blanken Hans auf einer Strecke von 29 600 Metern setzte erst dann ein, und jetzt, vier Jahre später, ist der Kampf gegen die Gewalt des Meeres auf der ganzen Linie siegreich gewesen. Im Baujahr 1928 wurden 3620 Meter Deich gebaut, im Baujahr 1929 neben anderen wichtigen Vorarbeiten 3100 Meter, 1930 insgesamt 8800 Meter, 1931 8900 Meter und im laufenden Jahre 2800 Meter.

Der Bau dieses Deiches, der den stärksten Stürmen und gewaltigsten Fluten zu trotzen bestimmt ist, war mit ungeheuren Schwierigkeiten verbunden. Den Untergrund bildet ein Kiesellehmdamm, der zunächst bis 1 Meter unter Tiefwasserstand aufgeschüttet und dann bis auf Sturmfluthöhe mit Greiferkrannen aufgeführt wurde. Dann wurde an der Innenseite des Deiches der Sandkörper hergestellt. Die Böschungen sind oberhalb des Wassers mit schrägen Steilagen besetzt und werden unterhalb des Wassers durch Faschinendämme gesichert. Ueber dem Sandkörper liegt wiederum eine 1 Meter dicke Lehmschicht, auf der noch ein Klei-Ueberdeckung angebracht werden soll, wo sich die erwünschte Grasmatte halten kann. Die Höhe des Aussenscheitels dieses gewaltigen Deiches schwankt zwischen 6,20 und 7,25 Meter über Amsterdamer Peil. Wie stark der Deich ist, ergibt sich daraus, dass er eine durchschnittliche Breite von 90 Metern hat. Die Aussenseite ist gegen die Nordsee durch eine sehr schwere Steinschicht abgeschlossen. Der Untergrund des Deiches in einer Tiefe von 4,50 Metern unter dem Wasser ist 130 Meter breit. Ein solcher Wall ist freilich stark genug, um gegen die gewaltigsten Sturmfluten Schutz zu bieten.

Bei den Oever, östlich von Wieringen, bei Breezand in der Mitte des Dei-

ches und bei Kornwerderzand, 4 Kilometer von der friesischen Küste entfernt, liegen gewaltige Schleusen, um der Schifffahrt Raum zu bieten; bei Breezand wurden überdies zwei Häfen mit Magazinen und Wohngeländen angelegt. Breezand wird in Zukunft als Auslasshafen aus der alten Zuiderzee sicher eine grosse Bedeutung gewinnen.

Mit der Fertigstellung dieses Abschlussdeiches wird der Name Zuiderzee der Vergangenheit angehören. Wohl war als Rest der Gletscher der Eiszeit inmitten des bisherigen Zuiderzeebeckens immer ein Binnensee, den die Römer vor 2000 Jahren auf ihren Karten Flevo-See nannten. Durch die Sturmfluten zu Beginn unsres Jahrtausends wurde aus dem Flevo-See im Gegensatz zur Nordsee die Südsee oder Zuiderzee. Da indessen der IJselfluss, einer der Mündungsarme des Rheines und wahrscheinlich in vorgeschichtlicher Zeit die eigentliche Rheinmündung, hier ins freie Meer hinausströmte, soll der neue grosse Binnensee, der durch diesen Deich von der Nordsee abgetrennt wird, den Namen IJselsee (holländisch IJselmeer) erhalten.

Was dieser Schutzwall bedeutet, geht daraus hervor, dass den in die alte Zuiderzee hineindringenden Nordseestürmen allein von der Insel Urk in den letzten 30 Jahren mehr als 27 Schiffe zum Opfer fielen, die mit Mann und Maus in den Fluten verschwanden. Die Schifffahrt wird wesentlich mehr gesichert sein. Auch die grossen Sturmfluten, von denen die letzte im Jahre 1916 einen Schaden von mehr als 20 Millionen Gulden anrichtete, vermögen nicht mehr bis zu den Fischerdörfern am Saume des neuen IJselsees durchzudringen.

Dieser Deich ist nur ein Teilstück des Werkes der Trockenlegung grosser Flächen der alten Zuiderzee, das durch die Weltkrise schwer beeinträchtigt worden ist. Dennoch ist schon das alte Wieringerland mit 22 000 Hektar Oberfläche den Fluten wieder entrissen worden, und wahrscheinlich wird die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts doch langsam eine neue Provinz als Uferland des IJselsees aus den Fluten auftauchen sehen. Eine Autobusschnellverbindung zwischen Leeuwarden und Amsterdam über den Deich wird schon im kommenden Oktober eingerichtet werden, und der Reisende hat dann das Vergnügen, 29 Kilometer über eine Strasse dahinzufahren, an deren beiden Seiten das Wasser vergeblich gegen den Damm anbrandet.

Otto Burgemeister (Amsterdam).

-----  
Grosser Tag in den Cortes.<sup>X</sup>  
-----

SPD. Das spanische Parlamentsgebäude ist eins der vielen etwas auffallenden Gebäude Madrids, bestimmt aber bescheidener als viele andere und weniger aufdringlich. Da der Eingang für die Abgeordneten und die Regierung nicht an der Vorderseite ist, sondern auf einer stillen Nebengasse, finden die sensationellsten Tagungen statt, ohne das Strassenbild von Madrid zu verändern. Vor dem Seiteneingang des Parlamentes parken nur mehrere Autos; etwas berittene Polizei ist zur Stelle, und ein Häufchen Menschen drängt sich am Eingang, um durch Vermittlung irgendeines Abgeordneten noch in letzter Minute Zugang zu finden zu den Tribünen, die längst besetzt sind. Die Wartenden verhalten sich geduldig, und die Angestellten machen ihnen keine besonderen Schwierigkeiten. Der Mitmensch wird in Spanien stets als gleichberechtigt betrachtet; man benimmt sich ihm gegenüber niemals überheblich, und zwar nicht nur der allmächtige Portier, sondern selbst der allmächtigste Minister. So ist denn alles friedlich am Eingang in die Cortes, selbst an einem Tage wie neulich, wo endlich eins der zwei wichtigsten Probleme der Republik in Angriff genommen werden sollte: das Problem der Autonomie Kataloniens. (Das zweite Problem ist die Agrarfrage.) Die äussere Ruhe, die vor dem Parlament herrscht, entspricht freilich nicht der Volksstimmung, denn ganz Spanien wartet auf die Erledigung die-



ser unheilvollen Angelegenheit, und ganz Spanien zerfällt in zwei ungleiche Teile der Unitaristen und der Separatisten.

Seit 31 Jahren beschäftigt das Problem die spanischen Regierungen, und keine einzige legislative Periode ist vorübergegangen, ohne sich mit dem Problem zu befassen. Nun ist es aber ganz besonders zugespielt, weil die Anhänger des autonomen Katalonien, die wohl beinahe ausschliesslich in Katalonien selbst zu finden sind, behaupten, ein vertragsmässiges Recht auf Katalonien zu haben, dank dem Pakt von St. Sebastian am Beginn der spanischen Republik. Die Gegner behaupten, dass Katalonien wohl ein autonomes Statut zustehe, aber dass es vom Parlament abhängt, welche Freiheiten dieses Statut enthalten soll. Die katalonischen Abgeordneten haben sich zu Beratungen eingefunden und sind wohl im Voraus mit manchen Veränderungen einverstanden, doch im grossen und ganzen ziemlich unversöhnlich gestimmt. Der Präsident der vorläufigen Regierung Kataloniens, Francisco Macia, hat wiederholt erklärt, Katalonien werde vor nichts zurückschrecken. Das hiesse nicht unbedingt Krieg oder bewaffneten Aufstand, denn die Spanier würden wahrscheinlich sofort eine Grenze zwischen sich und Katalonien aufrichten und das Ländchen seinem eigenen Schicksal überlassen, was natürlich für beide Teile von grossem Schaden wäre. Nicht nur Barcelona, sondern auch Madrid befasst sich seit einigen Wochen fast ausschliesslich mit dieser Frage. Die Zeitungen strotzen von Artikeln darüber; die besten Federn setzen sich in Bewegung, um den kastilianischen Standpunkt zu rechtfertigen, Vorträge und Diskussionen in den politischen und intellektuellen Klubs haben nur noch Katalonien zum Gegenstand, und die Studenten demonstrieren gegen das Statut. Das republikanische Spanien will einheitlich bleiben. Die Sozialisten, die naturgemäss gegen jeden Regionalismus stimmen, haben aber doch in letzter Stunde die Vertreter der katalonischen Arbeiterorganisationen nach Madrid eingeladen, um sich mit ihnen über einzelne Fragen zu unterhalten.

In dieser allgemeinen Aufregung ist natürlich die Eröffnung der Parlamentsdiskussion über diese Frage ein grosses Ereignis, das sich zu einer Sensation zu gestalten scheint. Deshalb ist wohl auch der Saal des Parlamentes diesmal voll. Beinahe alle Abgeordneten sind erschienen, und die Minister sind vollzählig; sodass sie ganz eng zusammengedrängt auf ihrer banco azul (der blauen Bank der Regierung) sitzen. Die Tribünen sind natürlich ebenfalls überfüllt, und es herrscht eine richtige Premierienstimmung, besonders da auch viele Frauen anwesend sind.

Die Fügung des Schicksals wollte es aber, dass die Alle so leidenschaftlich bewegende Frage nicht so bald zur Diskussion kommen sollte, denn erstens war noch die Erledigung einiger anderer Angelegenheiten notwendig geworden, ausser dem aber ist gerade an diesem Tag das Attentat auf den Präsidenten der Französischen Republik verübt worden, und diese Nachricht verursachte eine erhebliche Verspätung der Eröffnung der Sitzung. Selbstverständlich wurde sie dann mit einer Sympathiekundgebung für die benachbarte Republik begonnen. Trotzdem diese Nachricht einen starken Eindruck hervorruft, spürt man doch deutlich, dass die Versammelten auf etwas anderes warten. Diese erwartete, befürchtete, erwünschte Sensation wurde aber immer wieder verschoben, denn nun begann man erst die Abstimmung in noch einer anderen Frage, die schon ausgiebig besprochen worden war. Unterdessen betrachte ich den Saal und erhalte einen sonderbaren Eindruck. Erstens sitzen die Abgeordneten nicht schön abgestimmt nach ihrer politischen Parteizugehörigkeit, wie es wohl in geschulteren Parlamenten der Fall ist, sodass z.B. in der Mitte des Saales sowohl Regionalisten aus Katalonien, dem Baskenland, Galizien usw. sitzen, als auch Konservative und Syndiko-Anarchisten. Auffallend ist auch die unfeierliche Art der Kleidung, die ungezwungene Art der Abgeordneten. Man hat wirklich den Eindruck eines sehr demokratischen Parlaments, das sich hier in diesem wenig prunkvollen, besonders für spanische Verhältnisse wenig prunkvollen Saal versammelt hat, um die Republik vor den Gefahren, die sie von allen Seiten bedrohen, zu verteidigen. Auffallend ist auch, dass die Abgeordneten von ihren Plätzen aus sprechen, und noch mehr, dass

ihre Reden fast niemals unterbrochen werden, was bei der Lebhaftigkeit des Spaniers eine grosse Selbstbeherrschung und Achtung für das Parlament bedeutet. Die Reden selbst werden natürlich meistens in einem pathetischen Tone gehalten und entbehren nicht der dramatischen Akzente. Alles in allem hat man den Eindruck einer ehrlichen Arbeitsgemeinschaft, die vom Glauben an den Ernst der Stunde getragen wird. Wenn man Spanier so oft mit Kindern vergleicht, so muss man den Vergleich weiterführen und sagen, dass sie auch in der Politik ihren kindlichen Ernst beibehalten.

Inzwischen ist die Abstimmung nicht ohne einen dramatischen Zwischenfall - denn die Radikalen mit Leroux haben den Saal verlassen, um das Zustandekommen des nötigen Quorum zu verhindern - glücklich zu Ende gegangen. Nach einer kurzen Ovation für den Schöpfer des neuen Gesetzes, den Arbeitsminister, ging es nun endlich an die Eröffnung der Diskussion in der katalonischen Frage. Sie bedeutete eine Enttäuschung für alle Sensationslustigen und ein gutes Omen für die friedliche Erledigung der Angelegenheit. Es wurden nur drei Reden gehalten aber alle drei waren von dem Ernst und der Wichtigkeit der Frage durchdrungen und hielten sich auf einem unantastbar hohen Niveau, fern der Demagogie und der Beschimpfung des Gegners. Es sprach der Präsident der parlamentarischen Kommission, die mit der Ausarbeitung des Projektes betraut war, sodann der konservative Abgeordnete Miguel Maura, endlich der Vorsitzende der katalonischen Minorität im Parlament, Señor Luis Campanys. Leider ist zu befürchten, dass der verbindliche Ton der Reden und ihre Mässigung nur dadurch möglich war, dass man zunächst nur Allgemeinplätze berührte. Niemand sprach noch über Einzelheiten und gerade die werden es hauptsächlich sein, die zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen Anlass geben werden. Die Debatte ähnelte den höflichen Grüßen der Duellanten, bevor sie zum eigentlichen Duell übergehen.

Langsam strömte das Publikum aus dem Gebäude, und schon vergass man die leichte Enttäuschung über den wenig sensationellen Verlauf der eigentlichen Diskussion und verschlang die Abendblätter, um Näheres über das Attentat in Paris zu erfahren. Langsam verdunkelte sich das Gebäude. Die Wagen trugen ihre Insassen in alle Richtungen von Madrid, und die kleine Ansammlung der Neugierigen verzog sich...  
Sophie Kramstyk.

## ----- 50 Jahre Gotthardbahn.<sup>x</sup> -----

SPD. Vor 50 Jahren, am 1. Juni 1882, wurde die Gotthardbahn auf ihrer gesamten Strecke, von Immensee bis nach Chiasso, in Betrieb genommen. Die Vollendung dieses gewaltigen Ingenieurbauwerkes, dessen Kehrtunnel in der ganzen Welt mit Recht als ausgezeichnete technische Leistungen gepriesen werden, eröffnete eine neue Periode des Verkehrs zwischen Nordeuropa und Italien. Trotz dem ein Teil des gewaltigen Verkehrs nach der Eröffnung der Lötschbergbahn der berühmten Strecke über den Simplon zugeführt worden ist, behielt die Gotthardbahn, besonders nach ihrer Elektrifizierung, nicht nur im Güter- sondern auch im Personenverkehr eine beherrschende Stellung.

Der Gotthard hat, im Gegensatz zu andern Alpenpässen, die schon zu den Zeiten der Römer benutzt wurden, erst im Mittelalter eine gewisse Bedeutung erlangt. Im Jahre 1231 wurde zum ersten Male ein Saumpfad angelegt, der alsbald Gegenstand heftigster Besitzstreitigkeiten wurde. In vielen Feldzügen bekam die bescheidene Alpenstrasse entscheidende Bedeutung. Der primitive Zustand der Gotthardstrasse wurde erst in den Jahren 1828 bis 1830 geändert. In diesen Jahren legten die Schweizer Kantone Uri und Luzern mit Unterstützung der Eidgenossenschaft eine Kunststrasse über den Gotthard an, die einem dringenden Bedürfnis entsprach. Schon acht Jahre nach der Vollendung dieses verbesserten Verkehrsweges tauchte der Vorschlag auf, über den Gotthard eine Eisenbahn zu

bauen. Aber es sollten noch über 30 Jahre vergehen, ehe diese weitsichtigen Pläne feste Gestalt annahmen. Nach vielen Erwägungen gab die Tatsache den Ausschlag, dass der Gotthard im Mittelpunkte der Alpenkette liegt, und dass sich hier eine Reihe bedeutender Gebirgszüge trifft, die sich alsbald nach der sonnendurchglühten norditalienischen Tiefebene absenken. An einer solchen Alpenbahn war nicht nur die Schweiz, sondern waren in gleich starkem Masse auch Deutschland und Italien interessiert. So kam zwischen diesen Mächten nach langen Beratungen am 15. Oktober 1869 ein Staatsvertrag zustande, nach dem sich Deutschland und Italien verpflichteten, 30 bzw. 58 Millionen Schweizer Franken zum Bau der Gotthardbahn beizusteuern, während die Schweiz den Rest von 31 Millionen aufzubringen hatte. Aufgrund dieses Vertrages wurde die Gotthardbahn-Gesellschaft gegründet. Am 12. September 1872 begannen auf der Nordseite, am 9. Oktober auf der Südseite die Arbeiten zum Durchschlag des fast 15 Kilometer langen Gotthardtunnels. Gewaltige, unvorhergesehene Schwierigkeiten stellten sich diesen Arbeiten entgegen. Hohe Temperaturen im Berginnern, plötzliche Wassereinbrüche und nicht zuletzt Gesteinsmassen aus brüchigem Gneis, die eine besonders massive Ausmauerung mit Granit erforderten, verzögerten die Fertigstellung um mehr als ein Jahr. Am 29. Februar 1880 erfuhr die Welt, dass die Tunnelarbeiter, die von Norden und Süden einander entgegengearbeitet hatten, sich die Hand reichen konnten: An diesem Tage war der lang ersehnte Durchbruch gelungen. Aber es dauerte fast noch zwei Jahre, ehe der zunächst eingleisige Tunnel völlig fertiggestellt war. Es galt nicht nur, den Tunnel gehörig und für alle Zeiten sicher auszumauern und den Gleiskörper einwandfrei herzustellen; es musste auch für die Erzeugung der notwendigen Frischluft im Innern des Tunnels gesorgt werden. Das erforderte die Aufstellung von Kompressoranlagen, deren Betrieb die Wasserkräfte der Reuss, des Tessin und der Tremola ausgenutzt wurden, die insgesamt rund 2500 Pferdestärken lieferten.

Ein besonderes Kapitel waren beim Bau der Gotthardbahn die Anfahrtswege. An sich wäre es das Einfachste gewesen, einen langen Tunnel durch das Gebirgsmassiv zu schlagen. Dann hätte man eine gerade, mit geringen Steigungen behaftete Strecke bekommen, die nur den einen Nachteil gehabt hätte, zu teuer in der Anlage zu sein. Um die Kosten eines zu langen Tunnels zu sparen, führte man die Bahn in geeigneten Tälern möglichst hoch in das Gebirge hinauf. Da man die Bahn aber nicht über den Grat eines Gebirges führen konnte, und weil es auch unmöglich ist, über eine gewisse Steigung der Strecke hinauszukommen, so musste man eben den sogenannten Scheiteltunnel bauen, über dessen Ausführung oben berichtet wurde. Die Anfahrts Täler aber sind im Gotthardgebiet vielfach zu steil für eine gewöhnliche Eisenbahn. Um diese Steilheit zu überwinden, legten die Bahnbauer eine Reihe sogenannter "Kehrtunnel" an, die sich etwa wie ein Gewindengang in das Gebirge hineinschrauben und dabei den Zug auf eine größere Höhe bringen. So liegt zum Beispiel die Bahn bei der Einfahrt in den Pfaffensprungtunnel 774 Meter hoch und hat bei der Ausfahrt eine Höhe von 809 Metern erreicht, ist also innerhalb des Berges im Kehrtunnel um 35 Meter gestiegen. Dabei legte sie eine Strecke von rund  $1\frac{1}{2}$  Kilometern zurück. Die berühmtesten Gotthardkehrtunnel liegen bei dem Orte Wassen. Der Wattinger- und der Leggistein-Kehrtunnel bilden hier eine Doppelschleife, die zu folgender Anekdote Anlass gegeben hat: Ein Reisender sieht nach dem Verlassen des Pfaffensprungtunnels vom rechten Fenster aus eine Kirche. "Was ist das für eine Kirche?" - "Die Kirche von Wassen", antwortet ein Schweizer. Nacheinander Viertel stunde taucht dicht neben der Bahn wieder eine Kirche auf. "Und was ist das für eine Kirche?" fragt der Fremde. "Die Kirche von Wassen", antwortet der Schweizer wahrheitsgemäß. Der Fremde sagt nichts darauf. Als er jedoch zum dritten Male und nun links unter sich nach dem Verlassen des zweiten Kehrtunnels eine Kirche sieht und wieder die Antwort erhält, dass es die Kirche von Wassen sei, da fehlte nicht viel, dass er dem Schweizer eine Tracht Flügel verabfolgte. Das Wesen der Kehrtunnel ist durch diese Geschichte gut gekennzeichnet. Neben diesen Tunnelbauten gibt es hochragende Brücken, sodass

die Gotthardbahn nicht nur landschaftlich, sondern auch technisch zu den grossen Sehenswürdigkeiten Europas gehört.

Bald nach der Fertigstellung erkannte man, dass der eingleisige Ausbau der Bahn ungenügend war. 1888 wurde an die Herstellung des zweiten Gleises gegangen, die ohne Betriebsstörung durchgeführt wurde. Heute ist die Gotthardbahn mit Ausnahme kurzer Strecken zweigleisig ausgebaut. Vor zehn Jahren fuhr auf dieser Alpenbahn der erste elektrische Zug von Luzern nach Chiasso. Die Elektrifizierung war durch den Weltkrieg erheblich gehemmt worden. Zwei gewältige Wasserkraftwerke versorgen heute die Gotthardbahn mit Strom, das Kraftwerk Amsteg auf der Nordseite und das Werk Ritom auf der Südseite des Gotthard. Durch die Elektrifizierung wurde die Reisegeschwindigkeit beträchtlich erhöht und dadurch die Wirtschaftlichkeit bedeutend gesteigert. Die Eisenbahn ist so die modernste und sicherste Alpenstrasse geworden. In der Entwicklung, die vom primitiven Saumpfad über den Gotthard zur elektrischen Schnellbahn führte, liegt ein gewichtiges Stück der Menschheitsgeschichte beschlossen.

Willy Möbus.

SPD. Das Geheimnis des Schirokko.<sup>x</sup> Der Schirokko ist ein schwüler südlicher Wind in Italien, der meistens feucht ist, in Unteritalien, Sizilien und Malta aber auch oft trocken und heiss. Er führt zuweilen Wüstenstaub von der Sahara mit sich und tritt besonders auf, sobald eine starke Depression vom Atlantischen Ozean sich den Küsten Europas nähert. Dieser feuchtwarme, besonders häufig an der Adria und am Mittelmeer wehende Wind, hat eine seltsame nachteilige Wirkung auf das körperliche Wohlbefinden und die geistige Spannkraft vieler Menschen. Er macht die davon Betroffenen ausserordentlich müde und matt; ein Gefühl körperlicher Zerschlagenheit, verbunden mit Kopfschmerzen, tritt auf und führt nicht selten zu vollkommener Arbeitsunfähigkeit. Man war bisher nicht in der Lage, eine befriedigende Erklärung für diese geheimnisvolle Wirkung des Schirokko abzugeben. Vor einiger Zeit hat nun der Hamburger Physiologe Professor Dr. O. Kestner sorgfältige Untersuchungen zur Klärung dieser merkwürdigen Erscheinung angestellt. Er konnte dabei die Feststellung machen, dass bei dem Schirokko die Himmelsstrahlung besonders stark ist und die Luft ausserdem Spuren von salpetriger Säure enthält. Diese Tatsachen sind allerdings durchaus imstande, bei sensiblen Menschen nachteilige Wirkungen hervorzurufen. Professor Kestner konnte die Beobachtung machen, dass bei allen unter dem Schirokko leidenden Personen der Blutdruck deutlich herabgesetzt war. Erst weiteren sorgfältigen Untersuchungen und Forschungen wird es aber möglich sein, diese in vieler Beziehung noch rätselhafte Erscheinung restlos aufzuklären.

SPD. Ist der Haifisch gefährlich?<sup>x</sup> Die Frage nach der Gefährlichkeit des Haifisches scheint überflüssig zu sein, da in einer grossen Zahl von Reiseberichten immer wieder von dem "blutdürstigen, menschenfressenden Hai" die Rede ist. Dass es darüber jedoch in berufenen Kreisen auch andere Auffassungen gibt, beweist die Veröffentlichung des Forschers Professor Dr. A. Seitz, der in den Berichten der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft darüber Aufklärung gibt. Professor Seitz hat zahlreiche Seereisen, mehr als fünfzig, durch die Aufenthaltsgebiete des Menschenhais unternommen und dabei unterwegs auch zahlreiche Berichte von zuverlässigen Augenzeugen über das Verhalten des Hais zum Menschen gesammelt. Er kommt auf Grund seiner Forschungen zu dem Schlusse, dass der Haifisch den Menschen nur in den seltensten Fällen angreift. Selbstverständlich ist es für einen badenden und schwimmenden Menschen gefährlich, in die Nähe eines ausserordentlich hungrigen, eines verirrtten oder verfolgten Haies zu kommen. Aber trotzdem werden wehrlose Menschen viel seltener von einem Haifisch angefallen, als häufig berichtet wird.

# Preussischer Landtag

## 2. Sitzung.

SPD. Berlin, den 25. Mai (Eig. Ber.)

Die zweite Sitzung des neuen Preussischen Landtags wird vom Alterspräsidenten Litzmann um 2 1/4 Uhr eröffnet.

Alterspräsident Litzmann erklärt: Aus der Presse habe ich erfahren, dass in der Eröffnungssitzung des Landtages von der linken Seite des Hauses während meiner Eröffnungsansprache schwere Beleidigungen ausgestossen worden sind. Ich habe Sie nicht verstanden. (Zurufe und Lachen links.) Soweit die Beleidigungen mich persönlich angehen, ist es ausschliesslich meine Sache, wie ich damit verfahren will, Ich kann mich auf den Standpunkt stellen, dass ich von den Zurufern überhaupt nicht beleidigt werden kann. (Stürmische Bravorufe und Händeklatschen bei den Nat. Soz. - Die Kommunisten bringen ein dreifaches Nieder auf den Alterspräsidenten aus.)

Wenn die Beleidigungen aber gegen andere Persönlichkeiten gerichtet worden sind, so kann ich dazu nicht schweigen. Wenn z.B. gerufen worden ist: "Nieder mit den kaiserlichen Generalen, so wird davon auch betroffen der Generalfeldmarschall von Hindenburg. (Zurufe und Lachen bei den Komm.) Wenn ich wüsste, wer diesen Ausruf gebraucht hat, würde ich entsprechende Massnahmen dagegen getroffen haben. (Zuruf bei den Komm.: Die ganze Fraktion!) Das spricht nicht für Ihre Fraktion. (Erneutes Lachen bei den Komm.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung bringt Abg. Schmelzer (Ztr) einen Antrag ein, der die Staatsregierung ersucht, bei der Reichsregierung für Massnahmen zum Verbrauch von deutschem Schwefelkies einzutreten.

Ein kommunistischer Antrag verlangt die sofortige Auszahlung einer Beihilfe von je 1000 Mark für die Hinterbliebenen der auf Zeche Dorstfeld getöteten Bergleute sowie Anweisung an die Staatsanwaltschaft zur Aufnahme der strafrechtlichen Verfolgung der Schuldigen.

Abg. Kasper (Komm) begründet einen weiteren kommunistischen Antrag, in dem das Staatsministerium aufgefordert wird, die Reichsregierung zu ersuchen, ihre Delegation auf der Genfer Abrüstungskonferenz anzuweisen, den Abrüstungsvorschlägen der Sowjetdelegation zuzustimmen, ferner den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund zu vollziehen und schliesslich alle Demonstrationsverbote aufzuheben. Die Begründung des Antragstellers wird vielfach von grosser Heiterkeit im Hause unterbrochen. Die Nationalsozialisten rufen ihm u.a. zu: Gehen Sie doch als Freiwilliger nach Moskau. Der kommunistische Redner beantwortet weitere nationalsozialistische Zurufe mit dem Ausruf: "Haltet das Maul!"

Auf sozialdemokratischen Antrag hin wird der kommunistische Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung vom 1. Juni gesetzt. Unter grosser Heiterkeit stimmen auch die Kommunisten dafür.

Das Haus wendet sich dann der

### Wahl des Präsidenten

zu. Hierzu erklärt zunächst Abg. Lohse (Nat. Soz.) die Bereitwilligkeit seiner Fraktion, sich den bisherigen parlamentarischen Gepflogenheiten anzuschliessen. Als grösste Fraktion, so betont er, stellen wir den Antrag, den Abg. Kerl (Nat. Soz.) zum Präsidenten zu wählen. Von dem Verhalten der übrigen Fraktionen bei der Wahl des Präsidenten werden wir unser Verhalten bei der Wahl der Vizepräsidenten abhängig machen. (Aha!-Rufe links und Zuruf: Jüdischer Schacher!)

Abg. Koenen (Komm) wirft den Nationalsozialisten vor, dass sie dadurch mit ihrer bisherigen Praxis brechen. Bisher haben die Nationalsozialisten, wie er erklärt, das Recht der grossen Fraktionen und die parlamentarischen Gepflogenheiten nicht anerkannt, sondern sich gegen das bisherige System ausgesprochen. Jetzt sind sie Teilhaber des Systems geworden (Sehr wahr! bei den Komm.). Im Ältestenrat hat sich bereits die Verständigung zwischen den

Nationalsozialisten und dem Zentrum vollzogen, es war das der erste öffentliche Schritt der Annäherung. Die Kommunisten werden bei allen Vorschlägen den Abg. Kasper ihrerseits in Vorschlag bringen. (Zuruf rechts: Kasperletheater!)

Abg. Heilmann (Soz):

Der Abg. Lohse hat gesagt, die Nationalsozialisten wollten sich den parlamentarischen Gepflogenheiten anschliessen. Wir stellen fest, dass die Nationalsozialisten im letzten Landtag gegen den Anspruch der stärksten Fraktion auf den Präsidentenposten gestimmt und ihre Stimme weder Bartels noch Wittmaack gegeben haben. Ebenso haben sie im Reichstag nicht für den Präsidenten Löbe gestimmt, sondern ihm entgegengestellt den Kandidaten der fünftstärksten Fraktion, den volksparteilichen Abg. Dr. Scholz. Wenn eine Fraktion früher an Anspruch der stärksten Fraktion nicht anerkannt hat, dann hat sie jetzt kein Recht, sich darauf zu berufen (Zustimmung b.d. Soz.). Wir sind auch nicht sicher, dass, wenn wir für Kerrl stimmten, die Gegenseitigkeit gesichert wäre (Aha-Rufe b.d. Komm.). Die Erklärung des Abg. Lohse war in dieser Beziehung gewollt unklar. Aber selbst wenn in diesem Punkte keine Zweifel beständen, wären wir nicht in der Lage, einen Kandidaten der Nationalsozialisten zu wählen. Die Nationalsozialisten sind eine antiparlamentarische Partei (Rufe b.d. Komm.: gewesen!). Nach ihrem Programm wollen sie das Parlament nicht erhalten und schützen, sondern herabwürdigen und zerstören. Wir glauben deshalb nicht, dass ein Nationalsozialist ein geeigneter Führer der preussischen Volksvertretung sein kann. Es kommt hinzu, dass der Posten des Landtagspräsidentenzugleich ein politischer Posten ist, da er einen Teil der Befugnisse des Staatspräsidenten besitzt, den Preussen nicht hat. Auch aus diesem Grunde sind wir nicht in der Lage, den Nationalsozialisten eine politische Machtstellung in der Republik auszuliefern (Alterspräsident Litzmann weist den Redner darauf hin, dass seine Redezeit abgelaufen sei. - Abg. Heilmann erwidert, dass er dann gezwungen wäre, sich nocheinmal zu melden. - Der Präsident bittet ihn, sich kurz zu fassen.). Die nationalsozialistischen Landtagspräsidenten in Braunschweig und Anhalt haben ihr Amt nicht sachlich und loyal ausgeübt, sondern es im Interesse ihrer Partei missbraucht. Auch wenn das Zentrum angekündigt hat, dass das Präsidium in vier Wochen neugewählt werden könne, haben wir keine Sicherheit, dass nach den ersten vier Wochen sich nicht ein ganz anderes Bild ergibt als in den ersten vier Wochen. (Der Alterspräsident verweist erneut auf die abgelaufene Redezeit. Der Redner verlässt das Pult und meldet sich nochmals zum Wort.)

Abg. Kube (Nat. Soz.) erklärt, wenn eine grosse Partei die Erklärung abgibt, dass sie im Rahmen der Geschäftsordnung und Verfassung mitarbeiten wolle (stürm. Hört! Hört! links), dann sollte das genügen.

Abg. Heilmann (Soz):

Die Geschäftsführung des Präsidenten Kube ist weit über die Sozialdemokratie hinaus von allen Parteien als vorbildlich anerkannt (Gelächter rechts). Vorfälle wie in Anhalt, wo der Abg. Seeger von der Journalistentribüne gewiesen wurde, werden sich unter Löbe nie ereignen. Auf den Willen der Bevölkerung können sich die Nationalsozialisten bezüglich des Präsidenten nicht berufen. Der Landtag wählt sich selbstverständlich durch Mehrheit seinen Präsidenten. Der Wille der Wähler hat nicht gehindert, dass mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und Kommunisten der Abg. Wittmaack wiedergewählt worden wäre. Diese Wiederwahl ist unmöglich dadurch, dass das Zentrum für Kerrl stimmt und die Kommunisten erklärt haben, sie würden unter keinen Umständen für Wittmaack ihre Stimme abgeben (Hört! Hört! b.d. Soz.). Die Kommunisten haben dadurch dazu beigetragen, dass das Präsidium den Nationalsozialisten ausgeliefert wird. (Lärm b.d. Komm.)

Abg. Pieck (Komm) weist darauf hin, dass Kommunisten und Sozialdemokraten nicht die Mehrheit im Landtage haben. Das Eintreten des Zentrums für den nationalsozialistischen Kandidaten sei nur der erste Schritt. Das Zentrum werde den Nationalsozialisten auch bei der kommenden Regierungsbildung seine Unterstützung geben. (Zuruf der Nat.Soz.: Ihr merkt auch alles!)

Es folgt dann die Wahl des Landtagspräsidenten. Die Wahl wird durch Stimmzettel bei alphabetischem Aufruf der Abgeordneten vorgenommen. Da jeder einzelne Abgeordnete nach dem Aufruf seines Namens an die Wahlurne treten muss, nimmt das Wahlverfahren längere Zeit in Anspruch. Als beim Buchstaben P der Name des Prinzen August Wilhelm von Preussen aufgerufen wird, erheben sich lärmende Zurufe bei den Kommunisten. Nach beendeter Kartenabgabe stellen die Beisitzer das Ergebnis fest.

Alterspräsident Litzmann: Das Ergebnis der Wahl ist folgendes: Es sind 416 Stimmzettel abgegeben worden, der Landtag ist also beschlussfähig. Unbeschrieben sind sechs Stimmzettel, ungültig ist ein Stimmzettel. Von den übrigen gültigen 409 Stimmzetteln beträgt die Mehrheit 205. Es haben erhalten: der Abg. Kerrl 262 Stimmen (Sturm.Bravo!-Rufe und Händeklatschen bei den Nat.Soz.), der Abg. Wittmack (Soz) 92 Stimmen und der Abg. Kasper (Komm) 55 Stimmen. Es ist also der Abg. Kerrl (Nat.Soz.) zum Präsidenten gewählt. Ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt.

Abg. Kerrl (Nat.Soz.): Ich nehme die Wahl an.

Während Abg. Kerrl den Alterspräsidenten ablöst, erheben sich die Nationalsozialisten von den Plätzen und grüssen den neuen Landtagspräsidenten mit Händeklatschen und Heil-Rufen, während die Kommunisten Nieder-Rufe ausbringen.

Präsident Kerrl dankt zunächst dem Alterspräsidenten für die Mühewaltung, der er sich trotz seines hohen Alters unterzogen habe. Ich übernehme, so fährt er fort, das Amt des Präsidenten, zu dem Sie mich mit absoluter Mehrheit gewählt haben, nachdem zuvor das preussische Volk in einer einzigartigen Erhebung durch seine Willenskundgebung bei der Wahl die bisherige Sechs-Männer-Gruppe zur stärksten Fraktion des Hauses gemacht hat, (Unruhe links und lärmende Rufe b.d.Komm.) nicht nur dieses Hauses, sondern überhaupt des Preussischen Landtages, seit seinem Bestehen. (Beifall b.d.Nat.Soz.) Ich werde mein Amt den Bestimmungen der Geschäftsordnung entsprechend (Oho-Rufe b.d.Komm.) und wie sich das bei einem Nationalsozialisten von selbst gehört, unparteiisch wahrnehmen. (Gelächter links. - Lärm b.d.Komm.) Sie (zu den Komm.) haben ja genug Gelegenheit genommen, uns von der Güte Ihrer Stimmen zu überzeugen. Es ist allerdings auch nötig zu zeigen, dass zu diesem Stimmenmaterial auch der notwendige Verstand da ist. (Lebh.Beifall rechts - Lärm b.d.Komm. und Zurufe: Frechheit! - Zwei Kommunisten werden zur Ordnung gerufen.) Zwingen Sie mich nicht, so fährt der Präsident, zu den Kommunisten gewendet, fort, zu schärferen Massnahmen zu greifen. (Neuer Lärm b.d.Komm.)

Das Haus wendet sich dann der

#### Wahl des ersten Vizepräsidenten

zu. Präsident Kerrl teilt folgendes Abstimmungsergebnis mit: es sind 253 Stimmzettel abgegeben, der Landtag ist also beschlussfähig. Unbeschrieben sind 31 Stimmzettel, ungültig 1. Von den übrigen 221 Stimmzetteln beträgt die Mehrheit 111. Es haben erhalten: der Abg. Wittmaack (Soz) 167, der Abg. Kasper (Komm.) 54 Stimmen. Es ist also der Abg. Wittmaack (Soz) zum 1.Vizepräsidenten gewählt. Ich frage, ob er die Wahl annimmt.

Abg. Wittmaack (Soz): Ich nehme die Wahl an.

Es folgt die

#### Wahl des zweiten Vizepräsidenten.

Abg. Steger (Ztr.) schlägt hierzu die Wahl des Abg. Baumhoff (Ztr) vor. Präsident Kerrl: Das Ergebnis ist folgendes: Es sind 410 Stimmzettel abgegeben worden, das Haus ist also beschlussfähig. Unbeschrieben sind drei, ungültig

tig ist kein Stimmzettel. Von den übrigen 407 Stimmzetteln beträgt die Mehrheit 204. Es haben erhalten der Abg. Baumhoff (Ztr) 354, der Abg. Kasper 53 Stimmen. Der Abg. Baumhoff ist also zum zweiten Vizepräsidenten gewählt worden. Ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt.

Abg. Baumhoff (Ztr): Ich nehme die Wahl an.

Es folgt die

#### Wahl des dritten Vizepräsidenten.

Abg. Borck (Dnat) bringt seinen Fraktionskollegen Dr. von Kries für die Wahl zum dritten Vizepräsidenten in Vorschlag. Vizepräsident Baumhoff teilt als Ergebnis mit, dass 306 Stimmzettel abgegeben worden sind, von denen einer ungültig war. Der Abg. Dr. von Kries (Dnat) hat 254, der Abg. Kasper (Komm) 50 Stimmen, der Abg. Pieck (Komm) 1 Stimme erhalten.

Auf Befragen nimmt der Abg. Dr. von Kries (Dnat) die Wahl zum dritten Vizepräsidenten an.

Das Präsidium wird ergänzt durch die Wahl von zwölf Beisitzern, die sich zusammensetzen aus fünf Nationalsozialisten, drei Sozialdemokraten, 2 Zentrumsmitgliedern, 1 Kommunisten und 1 Deutschnationalen.

Inzwischen eingegangene Anträge verschiedener Fraktionen werden den Ausschüssen überwiesen, nachdem vorher die Verteilung der Ausschusssitze erfolgt war.

Zur Geschäftsordnung erhält darauf der Abg. Dr. Freisler (Nat. Soz.) das Wort, der die sofortige Einsetzung des von den Nationalsozialisten geforderten Untersuchungsausschusses zur Nachprüfung der Rechtspflege in Preussen verlangt. Seiner Fraktion sei soeben ein Telegramm zugegangen, wonach der Staatsanwalt gegen die drei im Hückeswagener Prozess angeklagten Nationalsozialisten Zuchthausstrafen von sieben bis zehn Jahren beantragt habe, obwohl sich die Angeklagten in direkter Notwehr befunden hätten. (Unerhört! - und Pfui-Rufe bei der Nat. Soz.) Wie in diesem Falle, so habe sich in Preussen die Staatsanwaltschaft seit Jahren einseitig gegen die Nationalsozialisten eingestellt gezeigt, was die Vermutung nahelege, dass diese Haltung letzten Endes auf eine Anordnung des Ministeriums zurückgehe. (Widerspruch im Zentrum) Der Untersuchungsausschuss soll klären, was in den letzten dreizehn Jahren in Preussen an Rechtsbeugung vorgekommen sei. Ich erinnere, so fährt der Redner fort, an das bekannte Buch von Zarnow. (Lachen im Zentrum und bei den Soz.) Unser Misstrauen wird (zur Linken) durch Ihr Lachen nur noch verstärkt. Wir beantragen, dass dieser Untersuchungsausschuss aus 29 Mitgliedern zusammengesetzt wird.

Vizepräsident Baumhoff fragt, ob sich Widerspruch gegen die Aufsetzung der beiden Anträge auf die Tagesordnung erhebt, worauf

Abg. Heilmann (Soz)

erklärt, die Nationalsozialisten hätten ihre Absicht, parlamentarisch zu verhandeln, schon nach kurzer Zeit wiederaufgegeben. (Rufe rechts: Das geht Sie garnichts an!) Wenn eine Partei vergesse, im Ältestenrat rechtzeitig ihre Anregungen vorzubringen, könne man die Parteien damit nachher im Plenum nicht überfallen. Im übrigen bedürfe es keiner Aufregung, da der Untersuchungsausschuss nach der Verfassung eingesetzt werden müsse. Bei dem Zarnow-Buch handle es sich um alle Kamellen, auf die kein denkender Mensch noch irgend welchen Wert lege. Allerschärfsten Protest müsse aber gegen den Versuch des Abg. Freisler erhoben werden, in einem schwebenden Prozess einzugreifen. (lärmende Rufe rechts). Die Männer, von denen er hier gesprochen habe, und für die er den Strafantrag des Staatsanwalts mitgeteilt habe, hätten drei Menschen getötet (Hört! Hört bei den Soz. und gr. Lärm bei den Nat. Soz.). Einer der Getöteten sei der Bruder des sozialdemokratischen Abg. Fries-Köln. Einfachste menschliche Rücksicht hätte dem Abg. Freisler verbieten müssen, diesen Fall hier vorzutragen. Das Gericht werde zu entscheiden haben, ob die Angeklagten in Notwehr gehandelt haben oder ob sie schuldig des Mordes sind. Wir verweh-



ren uns dagegen, dass in dieser Weise versucht wird, in den Gang der Rechtspflege einzugreifen.

Abg. Kube (Nat.Soz.): Wir verwahren uns aufs schärfste gegen den Versuch des Abg. Heilmann, uns eine Einmischung in schwebende Verfahren vorzuwerfen. Abg. Freisler hat die unerhörten Anträge des Staatsanwalts dazu benutzt, um die Begründung dafür zu geben, dass endlich einmal die Rechtspflege in Preussen nachgeprüft wird (Rufe links: Schulz und Heines. - erregte Auseinandersetzungen zwischen Komm. und Nat.Soz. - Vizepräsident Baumhoff bittet, ihn nicht zu schärferen Massnahmen zu zwingen.) Die Sozialdemokraten sind es, die hervorragende Mitglieder des Hauses bereits als Mörder beschimpfen (Pfiu, Rufe rechts). Braun und Severing wären längst nicht mehr, wenn wir nicht Männer wie Schulz gehabt hätten. (Beifall bei den Nat.Soz.). Wir lassen uns jedenfalls diese Rechtspflege nicht weiter bieten und werden beweisen, dass mit dieser Justiz in Preussen Schluss gemacht werden muss. Die preussische Staatsanwaltschaft ist zu 90 Prozent wert, in den Anklagezustand wegen Rechtsbeugung gestellt zu werden. (Sturm.Beifall b.d.Nat.Soz.).

Abg. Pieck (Komm) spricht von einer markierten Aufregung der Nationalsozialisten. Der Redner wendet sich weiter gegen die deutschen Richter. Nationalsozialistische Mörder hätten nur sieben Jahre Zuchthaus bekommen, die Kommunisten aber wegen politischer Tätigkeit in der Reichswehr 10 Jahre Zuchthaus. (Zuruf d.Nat.Soz.: Noch nicht genug! - Erregte Zwischenrufe der Komm.)

Pieck ruft den Nationalsozialisten zu: In Ihren Reihen sitzt eine ungeheure Zahl von Mördern! Darauf erhebt sich bei den Nationalsozialisten ungeheurer Lärm. Nationalsozialistische Abgeordnete drängen nach vorn. Die Kommunisten stürmten hierauf auf die Rednertribüne und umgaben schützend ihren Redner. Sie stossen Drohungen gegen die Nationalsozialisten aus. Als der Abg.Hinkler (Nat.Soz.) die Treppe zur Rednertribüne betrat, wird er von einem kommunistischen Abgeordneten ins Gesicht geschlagen. Im gleichen Augenblick flog ein Tintenfass in die nationalsozialistischen Reihen. Hierauf entstand eine allgemeine, wüste Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, Stühle, Tischkästen wurden als Waffen benutzt. Die Lampen des Stenographisches wurden zertrümmert. Im Verlauf der Schlägerei wurden die Kommunisten von den Nationalsozialisten restlos aus dem Saal getrieben.

Vizepräsident Baumhoff hatte während der Schlägerei seinen Platz verlassen und damit die Sitzung unterbrochen.

Die nationalsozialistischen Abgeordneten singen das Lied: "SA marschiert". Die übrigen Abgeordneten verlassen den Saal.

Einige Abgeordnete werden schwer verletzt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Jürgensen wird schwerverletzt von fünf Abgeordneten aus dem Saale getragen.

Schwere Ledersessel, Tischkästen, zerbrochene Lampen und ein wüstes Teufelwäpphu von Papier, Abstimmungskarten und was sonst sich in den herausgerissenen Kästen der Arbeitsplätze der Abgeordneten vorgefunden hatte, lag besonders in dem kommunistischen Sektor herum auf dem Boden. Man konnte von dem Eingang der Kommunisten auf der linken Seite des Hauses her kaum den Sitzungssaal betreten und musste erst mühsam über die Reste des Mobiliars hinwegklettern. In den Wandelgängen herrschte eine ausserordentlich starke Erregung, die auch das Publikum ergriff, das sich auf den Wandelgängen des Tribünengeschosses versammelte, wo es beinahe zu einer Fortsetzung der Schlägerei gekommen wäre, wenn nicht Beamte des Hauses eingegriffen hätten. Unten im Saalgeschoss, wo die Abgeordneten beieinander standen und aufgeregt debattierten, bemühten sich die Fraktionsführer, ihre Fraktionsgenossen zu einer sofort stattfindenden Fraktionssitzung zusammen zu berufen. Es wurde inzwischen bekannt, dass bei der Wurfeschlacht vor allem einige kommunistische und sozialdemokratische Abgeordnete nicht unerheblich verletzt worden sind. Der Geschäft

führer der sozialdemokratischen Fraktion, Abg. Jürgensen, musste bewusstlos aus dem Sitzungssaal getragen werden. Die kommunistischen Abgg. Krämer-Oberschöneweide, Kuntz und Golke sind gleichfalls verletzt. Hauptsächlich gab es Kopfwunden. Einige Minuten nach dem Zusammenstoß erschien der Kommunist Krämer-Oberschöneweide mit stark verbundenem Kopf wieder im Sitzungssaal. Das Blut der frischen Kopfwunde lief durch den Notverband hindurch über sein Gesicht. Er räumte seinen Arbeitsplatz und rief dabei den Nationalsozialisten, von denen einige sich noch im rechten Saaleingang aufhielten, zu: 20 für einen! Ihr Hunde! Das sollt Ihr noch bezahlen!

Die Beamten des Hauses mussten bei Besichtigung des Kampffeldes feststellen, dass dem Landtag ein sehr erheblicher Sachschaden entstanden ist. Zum Teil sind auch die Polster der festgeschraubten Sitzplätze der Abgeordneten heruntergerissen worden, sodass die Rosshaarfütterung heraushängt.

Abg. Dr. Wester (Ztr), Arzt aus Köln, bemühte sich sofort um die Verletzten und legte ihnen Verbände an. Der sozialdemokratische Abgeordnete Jürgensen musste genäht werden, da ihm die eine Gesichtshälfte aufgerissen worden ist.

Etwa eine halbe Stunde nach den blutigen Schlägereien wurde der Ältestenrat einberufen, an dessen Beratungen auch der Berliner Polizeipräsident Grzesinski teilnahm. Vor dem Zimmer des Ältestenrates hatten sich zahlreiche nationalsozialistische Abgeordnete versammelt, die erregt über die Anwesenheit eines Zivilisten waren, in dem sie einen Kriminalbeamten erkannt haben wollten. Ein Mitglied der nationalsozialistischen Fraktion forderte diesen Zivilisten auf, sich sofort aus dem Landtagsgebäude zu entfernen, weil Polizeibeamte in diesem Hause nicht amtieren dürften, ohne dass der Präsident sie dazu aufgefordert habe. Darauf nahmen mehrere nationalsozialistische Abgeordnete den Mann in ihre Mitte und beförderten ihn vom Beratungszimmer des Ältestenrates hinweg. Die Mehrzahl der nationalsozialistischen Abgeordneten entfernte sich vom Ältestenratszimmer auf Ersuchen eines Führers der Fraktion.

-----